

OA-Update 2023/06 | Stand: 5. April

# Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im heutigen Sanktions-Update informieren wir Sie über die wichtigsten Entwicklungen seit dem 15. März. Im Mittelpunkt steht dabei die Debatte um neue Maßnahmen zur Verhinderung der Sanktionsumgehung über Drittstaaten, die vom Bundeswirtschaftsministerium skizziert wurden und die auch auf europäischer Ebene in Vorbereitung eines elften Sanktionspakets eine Rolle spielen.

Ausgelöst wurde die Debatte durch Exportstatistiken, die einen auffälligen Anstieg europäischer Exporte in bestimmte Drittländer ausweisen. Der Ost-Ausschuss nimmt das Thema Sanktionsumgehung sehr ernst und hat Fakten und Argumente dazu gesammelt. Demnach fehlen weiterhin konkrete Nachweise, in welchem Umfang sanktionierte westliche Waren über Drittländer tatsächlich weiter nach Russland gelangen. Die Exportstatistiken sind nur ein oberflächlicher Gradmesser, denn es gibt eine Reihe von Gründen, die einen starken Anstieg von deutschen Lieferungen etwa in den Südkaukasus oder Zentralasien erklären, ohne dass Sanktionsumgehungen zwingend sind. Der vielleicht wichtigste Grund: Bislang wurden diese Regionen aus Deutschland heraus über Partner in Russland beliefert und tauchten in Statistiken als Russlandhandel auf. Nunmehr wird zunehmend der direkte Weg gewählt. In den vergangenen Wochen fand ein Austausch zwischen Politik und Wirtschaft zu diesem Thema statt. Zudem finden Sie im Update wie gewohnt Meldungen von allen wichtigen Schauplätzen. Zu beobachten bleibt insbesondere eine neue Entwicklung in Russland: Hier laufen Vorbereitungen, bestehende Doppelbesteuerungsabkommen aufzukündigen als Reaktion auf eine Black-Listung Russlands als Steueroase. Hier die Rubriken in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### Debatte über Maßnahmen gegen Sanktionsumgehungen – Schlussfolgerungen des Ost-Ausschusses

„Es gibt deutliche Umgehungen der Sanktionen, und es gibt auch deutliche Umgehungen aus Deutschland heraus.“ Mit dieser Aussage begann der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck Ende Februar 2023 eine Debatte in Deutschland und der EU über neue Maßnahmen zur Verhinderung der Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland über Drittstaaten. Habeck stützte seinen Eindruck auf damals gerade veröffentlichte Exportstatistiken, nach denen die deutschen Exporte nach Russland 2022 um 45 Prozent sanken und es gleichzeitig starke Steigerungen mit einigen weiteren Ländern der Region gegeben hat.

Im Rahmen seiner Reise in die Ukraine wiederholte Habeck am 5. April laut Deutschlandfunk seine Einschätzungen und verwies auf eine so genannte „Endverbleibskontrolle“. Unternehmen sollten „nachweisen, wo die Güter bleiben, sodass sie hier nicht einfach über geheime Kanäle auf einmal im Donbass auftauchen, und zwar auf der Seite der Russen“. Firmen in Nicht-EU-Staaten, die unerlaubt Güter an Russland weitergegeben hätten, sollten mit Sanktionen rechnen müssen, so Habeck. Und wer von Sanktionsverstößen wisse, müsse diese auch zur Anzeige bringen, „sonst wiederum wäre das eine Straftat“. In einem weiteren Sanktionspaket sollten „diese und möglichst viele weitere Maßnahmen“ beschlossen werden, forderte Habeck laut Spiegel-online:

#### [Krieg gegen die Ukraine: Robert Habeck drängt auf Sanktionen für Bezug russischen Urans - DER SPIEGEL](#)

Bereits im Februar präsentierte Habeck zeitgleich mit seiner Einschätzung einen Zehn-Punkte-Plan, in dem sein Ministerium deutsche Unternehmen im Außenhandel noch stärker in die Pflicht nehmen will. So sollen Exporte in bestimmte, noch nicht näher benannte Drittstaaten nur noch bei Abgabe von transparenten „Endverbleibserklärungen“ im Rahmen der Ausfuhranmeldung möglich sein. Dies solle laut Ministerium „für alle sanktionierten Güter, die von Bedeutung für die russische Kriegsmaschinerie sind“, gelten. Unternehmen müssten dann über eine Zollerklärung bestätigen, dass die Güter im Zielland bleiben. Vorsätzliche Falschangaben sollten künftig europaweit eine Straftat sein. Unternehmen in Drittstaaten, die ein Produkt mit EU-Herkunft, das auf der Sanktionsliste stehe, nach Russland weitergeben, sollen als Empfänger dieser Güter ausgeschlossen werden. Dazu ist auch ein neues EU-Listungskriterium vorgesehen, das eine Sanktionierung von Unternehmen und Personen bei Umgehungstatbeständen erleichtern soll. Zudem will die Bundesregierung Hinweise auf Sanktionsverstöße stärker fördern. Dafür wolle man mit den EU-Partnern Sektorsanktionen mit einer Informationsoffenlegungspflicht ergänzen, die sich an jedermann richte. Wer „sanktionsrelevante Informationen“ habe, müsse diese den Behörden melden. Es ist zu erwarten, dass die deutsche Position in die laufenden Beratungen zu einem elften EU-Sanktionspaket eingebracht wird.

## Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Im März hat es zwei Abstimmungsrunden unter Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums und von Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft gegeben, an denen auch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft beteiligt war. Dabei kam es in Berlin auch zu einem Treffen mit dem irischen Diplomaten David O`Sullivan, der als Sonderbeauftragter der EU die Durchsetzung der Russland-Sanktionen gegenüber Drittstaaten koordinieren soll. In einer weiteren Verbänderrunde am 28. März stellte das Bundeswirtschaftsministerium seine bisherigen Analysen zum Thema Sanktionsumgehung vor.

Dabei bestand zwischen dem Ministerium und den Wirtschaftsvertretern prinzipiell Einigkeit in der Annahme, dass Sanktionsumgehungen über Drittstaaten stattfinden und insbesondere in Bezug auf kriegswichtige Güter neue Ansätze zur Verhinderung derartiger Sanktionsverstöße gefunden werden sollten. Umstritten blieb aber das wirkliche Ausmaß der Sanktionsumgehungen und die Art und Weise, wie auf diese reagiert werden sollte.

## Unsichere Datenlage

Die Konjunkturabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums stellte eine Analyse zu insgesamt sechs Ländern vor, die Russland wirtschaftlich, geographisch und historisch verbunden sind. Bei einer Reihe von Warengruppen sei anhand verfügbarer Statistiken tatsächlich zu beobachten, dass sowohl Exporte aus Deutschland in diese Länder deutlich zugenommen hätten, als auch Exporte aus diesen Ländern heraus nach Russland überproportional angestiegen seien. Die ermittelten Auffälligkeiten bezogen sich insbesondere auf Fahrzeuge, Fahrzeugteile und Elektronik. Eindeutige Nachweise aber, dass es sich wirklich um die identischen Güter gehandelt hat, konnten die Analysen nicht erbringen. Die Statistiken blieben zudem insofern unscharf da eine Reihe von Waren, die als sanktionsrelevant bezeichnet wurden, erst im weiteren Verlauf des Jahres 2022 bzw. teilweise sogar erst mit dem Jahresende 2022 sanktioniert worden sind, also zum Zeitpunkt einer Lieferung womöglich noch gar nicht sanktioniert waren. Zudem wiesen die Analysten selbst darauf hin, dass es sich bei den ermittelten starken Exportanstiegen aus Drittstaaten nach Russland auch um Warenströme aus Richtungen China, Indien oder der Türkei handeln könnte, die gar keine Sanktionen gegen Russland eingeführt haben.

Die an den Gesprächen beteiligten Verbandsvertreter unter anderem vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, dem BDI und dem DIHK warnten vor den im Rahmen des 10-Punkte-Plans angedachten neuen Lasten für den deutschen Außenhandel etwa durch die pauschale Anforderung von Endverbleibserklärungen. Diese würden Handelsgeschäfte zusätzlich verzögern und erschweren und könnten in der Praxis durch die Verschleierung von Lieferketten über Dritt-, Viert- oder Fünftländer leicht ausgehebelt werden, ohne dass deutsche Unternehmen dies verhindern könnten. Die Aufgabe, Handelsgeschäfte zu überwachen, könne der Staat nicht einfach an Unternehmen delegieren. Angeregt wurde stattdessen, Unternehmen aus Drittländern, die in der Sanktionsumgehung auffällig geworden sind, in einem zweistufigen Verfahren nach US-Vorbild zu warnen und bei weiteren Verstößen auf eine Schwarze Liste der EU zu setzen. An dieser könnten sich dann europäische Unternehmen im Geschäftsalltag orientieren.

Zum Thema Sanktionsumgehungen und dem Umgang damit hat der Ost-Ausschuss in einem mehrseitigen Papier Fakten und Argumente zusammengetragen. Hier die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

### Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- Die deutsche Wirtschaft steht hinter den Sanktionen und setzt diese um. Sollten tatsächlich Sanktionsverstöße bekannt werden, so sind diese entsprechend juristisch zu ahnden. Sanktionsumgehung ist kein Kavaliersdelikt, dies bedarf keiner besonderen Erläuterung. Schwierig wird es, wenn staatliche Kontrollpflichten, die den Einsatz erheblicher Mittel und geheimdienstlicher Aktivitäten erfordern, auf die Wirtschaft abgewälzt werden.
- Die monierten, großen Exportsprünge im Handel mit Ländern in Zentralasien und dem Südkaukasus sind auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen. Sanktionsumgehungstatbestände sind möglich, aber nicht der vorrangige Erklärungsansatz. Zu beachten sind insbesondere die Neuordnung von Lieferketten (direkte Belieferung aus Deutschland als Ersatz für frühere Lieferungen über Russland), die konjunkturelle Erholung nach der Corona-Phase oder signifikante, Wachstumsimpulse durch den Zustrom von Flüchtlingen und Unternehmen aus Russland in diesen Ländern.
- Bei deutschen Waren, bei denen deutliche Exportanstiege verzeichnet wurden und die womöglich über Drittländer nach Russland gelangen (könnten), handelt es sich nicht per se um sanktionierte Waren. Zum Teil entstanden diese neuen Warenströme, weil sich Unternehmen freiwillig aus dem russischen Markt zurückgezogen haben und nicht mehr dorthin liefern oder weil die finanzielle und logistische Abwicklung komplizierter geworden ist. Diese nicht-sanktionierten Waren werden auch deshalb verstärkt gehandelt, weil Russland Parallelimporte legalisiert hat. Die Lieferung nach Russland hat sich aber zumindest deutlich verteuert und belastet die russische Wirtschaft.
- Die vorgeschlagene Pflicht zur Abgabe von Endverbleibserklärungen auf alle, vom Russland-Embargo umfassten Waren, würde die Kontrollaufwände auch bei Nicht-Dual-Use-Gütern für eine breite Masse an kleineren Unternehmen unakzeptabel hoch und kaum noch wirtschaftlich durchführbar machen. Drittlands-Lieferungen dürfen deshalb nicht unter dem Generalverdacht einer „Sanktionsumgehung“ gestellt werden, sondern es muss gezielt auf für den Kriegsverlauf wirklich kritische Waren abgehoben werden. Dies sind in der Regel die sogenannten Dual-Use- bzw. militärisch einsetzbaren Güter und nicht etwa, z.B. die erstmals in einem Embargo auftauchenden „Luxusgüter“. Um den Firmen eine klare Orientierung zu geben und den Aufwand beherrschbar zu machen, wäre die Listung von unter Sanktionsumgehungsverdacht stehenden Unternehmen aus Drittländern nach US-Vorbild notwendig.
- Als kritische erkannte Unternehmen sollten ausschließlich in die offizielle EU-Sanktionsliste aufgenommen werden, da diese in den firmeneigenen Systemen

automatisiert geprüft werden. Auch Frühwarnhinweise sollten mindestens auf EU-Ebene und nicht national erfolgen.

- Bei einer unbedachten Vorgehensweise besteht die große Gefahr, dass der deutsche Export generell eingeschränkt, verzögert wenn nicht gar verhindert wird, sodass wichtige Partnerländer durch neue Bürokratielasten und Misstrauen unnötig verprellt werden. Viele der in der Debatte genannten Länder (bzw. Kasachstan, Armenien, Aserbaidschan) haben sich beim Thema Sanktionsumgehung im Dialog mit uns sehr kooperativ gezeigt. Dieser Dialog sollte ohne Vorverurteilungen sachlich geführt werden, um Missbrauch einzuschränken und ohne gleichzeitig Bürokratie ausufern zu lassen.
- Mit den vom BMWK diskutierten Maßnahmen würde es zu einer Ausweitung der Betroffenheit des Russland-Embargos auf Unternehmen kommen, die gar kein aktives Russland-Geschäft mehr haben, allein schon durch die Verpflichtung zur Vorlage von Endverbleibserklärungen bei der Ausfuhranmeldung in bestimmte Drittstaaten. Angesichts der bereits heute langen Wartezeiten im BAFA erscheint dieses Vorgehen unrealistisch.
- Es dürfen keine Alleingänge der Bundesregierung in Form von Verordnungen (z.B. Änderung der Außenwirtschaftsverordnung) stattfinden. Das Russland-Embargo-Recht muss EU-weit einheitlich geregelt bleiben.
- Das Problem der Sanktionsumgehung sollte insgesamt sehr genau dokumentiert und eingegrenzt werden – bevor Urteile öffentlich gesprochen und Maßnahmen angekündigt werden. Die Instrumente dagegen müssen zielgenau sein und sollten im Dialog mit der Wirtschaft und den betroffenen Ländern entwickelt werden. Die Wirtschaft ist zum Dialog bereit.
- In der Diskussion darf zudem nicht vergessen werden, dass Länder, die für rund 60 Prozent der Weltwirtschaft und Zwei-Drittel der Weltbevölkerung stehen, die mit Kriegsbeginn 2022 eingeführten Wirtschaftssanktionen gegen Russland nicht nachvollziehen. Die Wirkung westlicher Sanktionen hängt weniger davon ab, dass mögliche Umgehungstatbestände über kleine kaukasische oder zentralasiatische Länder mit hohem Aufwand deutscher Unternehmen ausgeschlossen werden, sondern im Wesentlichen davon, dass Drittländer von einer einheitlichen Linie im Umgang mit Russland überzeugt werden.

Der begonnene Austausch zwischen Wirtschaft und Politik wird in den kommenden Wochen fortgesetzt. Unternehmen, die zum Thema Sanktionsumgehung und dessen Verhinderung eigene Beobachtungen gemacht haben oder Empfehlungen aussprechen wollen, wenden sich gerne an den Ost-Ausschuss: Andreas Metz, [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Ein gemeinsames Positionspapier von BDI und Ost-Ausschuss ist in Vorbereitung.

-----

## Erste deutsche Wirtschaftsdelegation seit Kriegsbeginn in der Ukraine

Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms gehört einer siebenköpfigen Wirtschaftsdelegation an, die Vizekanzler Robert Habeck bei Gesprächen in Kyjiw begleitet. Es ist die erste Reise einer offiziellen, deutschen Wirtschaftsdelegation seit Kriegsausbruch im Februar 2022. Los ging es Sonntagabend (2.4.) mit dem Zug von Polen aus. Harms: „Die Reise nach Kyjiw ist immer noch abenteuerlich: mit Sonderzug und Schutzweste.“ Ebenfalls mit in der Ukraine sind Vertreter von BDI, DIHK, AHK Ukraine sowie der Unternehmen Bayer und Fixit. Diese stellten vor Ort erste Investitionsprojekte für den Wiederaufbau des Landes vor.

Die Delegation erreichte die Hauptstadt Kyjiw am Montagmorgen noch in der Dunkelheit. Harms: „Es wurde ein langer Tag mit zahlreichen Betriebsbesichtigungen, runden Tischen und Briefings. Eigentlich ein „normales“ Programm für eine Wirtschaftsdelegation, aber in diesen Zeiten desto spektakulärer!“ Von der Delegation geht eine klare Botschaft aus: Die deutsche Wirtschaft steht für eine Beteiligung am Wiederaufbau bereit! „Deutsche Unternehmen beweisen auch in diesen Zeiten, wie man investiert, hilft und für die Zukunft dieses Landes eintritt“, übermittelte Harms aus Kyjiw. Bundeswirtschaftsminister Habeck unterstrich die Bereitschaft zur Absicherung von Investitionsprojekten in der Ukraine durch Garantien des Bundes. Beeindruckt ist die Delegation vom Optimismus der Ukrainerinnen und Ukrainer, die mit großem Tatendrang und Zuversicht nach vorne schauen. Harms: „Einer unserer ukrainischen Gesprächspartner fasste es wie folgt zusammen: Das Wort des Jahres 2022 in der Ukraine war Resilience, das Wort des Jahres 2023 wird Hope.“

„In Kiew hat sich das Leben weitgehend normalisiert“, beschreibt Harms die Lage vor Ort. „In den letzten Wochen hat es glücklicherweise auch keine Stromabschaltung mehr gegeben, aber dennoch ist der Krieg überall präsent: sobald man aus der Stadt herausfährt, sieht man zerstörte Häuser und in den Regierungsgebäuden sind zum Schutz vor möglichen Angriffen weiterhin Sandsäcke gestapelt.“

Am zweiten Tag des Delegationsbesuchs standen Gespräche unter anderem mit dem ukrainischen Premierminister Schmyhal, Vize-Premierminister Sidorenko, dem Minister für Infrastruktur und Wiederaufbau Kubrakow sowie Vertretern des ukrainischen Transportsektors auf dem Programm. Viel Zeit wurde zudem einer Abstimmungsrunde mit dem ukrainischen Energieminister Haluschenko und den wichtigsten Energieunternehmen des Landes eingeräumt. „Die beste Hilfe für die Ukraine sind Investitionen“, diese Aussage habe sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche gezogen, berichtet Harms. „Die Ukraine brauche nach Aussagen der Gesprächspartner nach dem dramatischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts 2022 und dem damit verbundenen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit dringend Technologien, Arbeitsplätze und Steueraufkommen.“ Minister Habeck habe in den Gesprächen immer wieder auf die Vergabe von Investitionsgarantien des Bundes hingewiesen. „Auf der ukrainischen Seite war sehr deutlich der Enthusiasmus und die Entschlossenheit zu spüren, die Rahmenbedingungen in der Ukraine nachhaltig zu verbessern und für Transparenz und Korruptionsbekämpfung zu sorgen.“



Hier ein Pressebericht zur Reise:

[Krieg in der Ukraine: Habeck sagt Kiew Hilfe beim Wiederaufbau zu - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-habeck-sagt-kiew-hilfe-beim-wiederaufbau-zu-1.1234567)

-----

### **Ost-Ausschuss-Arbeitskreis Russland: Stephan Eder folgt auf Mario Mehren**

In der jüngsten Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Russland am 30. März ging es um praktische Unternehmensprobleme, die mit einem Ausstieg vom russischen Markt oder dem weiteren Verbleib verbunden sind. Mario Mehren, CEO von Wintershall Dea, wurde als Arbeitskreissprecher verabschiedet. Sein Unternehmen habe nach 32 Jahren einen Schlusstrich unter die Zusammenarbeit mit Russland gezogen, erläuterte Mehren. „Unsere Entscheidung ist endgültig. Damit ist es nur folgerichtig, auch den Weg freizumachen für eine neue Leitung des Arbeitskreises.“

Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms dankte Mehren für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement. „Wie Wintershall Dea stehen seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine viele Unternehmen vor der Herausforderung, ihr Russlandgeschäft zu beenden. Ihnen hat der Arbeitskreis mit Mario Mehren in äußerst schwierigen Zeiten wertvolle Orientierung geboten. Dies gilt auch für Unternehmen, deren Verbleib von der Politik erwünscht ist, etwa im Medizin- und Agrarsektor.“ Auch in Zukunft gehören Beratungsangebote zur Umsetzung der gegenseitigen Sanktionen und dem Rückzug aus Russland ebenso zu den Aufgaben des Arbeitskreises, wie die Unterstützung der verbleibenden Wirtschaftsbeziehungen insbesondere im humanitären Sektor. „Wir sind deshalb sehr froh, mit Dr. Stephan Eder einen kompetenten Nachfolger für die Position des Arbeitskreissprechers Russland im Ost-Ausschuss gefunden zu haben“, erklärte Harms. Dr. Stephan Eder ist Executive Vice President Europe & Germany bei STADA und übernimmt das Amt zum 1. April.

Thematisch konzentrierte sich der Arbeitskreis, an dem sich rund 50 Wirtschaftsvertreter beteiligten, auf praktische Unternehmensfragen. Aktuell werden zunehmende Schwierigkeiten bei der Vergabe von deutschen Business-Visa an russische Geschäftspartner und Angestellte beobachtet. Der bürokratische Aufwand ist nochmals gestiegen, insbesondere Männern im wehrfähigen Alter ohne klare Rückkehrperspektive werden Visa zunehmend verweigert oder zumindest streng auf wenige Tage eingegrenzt. Angesichts beschwerlicher Anreisewege und Streiks sorgt dies bereits für erhebliche Probleme. Wenig Hoffnung auf Besserung machte die Vertreterin des Auswärtigen Amtes den Unternehmen: Nach der sanktionsbedingten Aussetzung des Visa-Erleichterungsabkommens mit Russland würden die EU-Richtlinien entsprechend streng gehandhabt. Prinzipiell blieben Geschäftsvisa aber weiterhin möglich. Aktuell in Vorbereitung ist ein elftes EU-Sanktionspaket, bei dem insbesondere die Sanktionsumgehung von und über Unternehmen in Drittländern erschwert werden sollen. Der Ost-Ausschuss steht in Gesprächen mit der Bundesregierung und sammelt dazu die Beobachtungen und Anregungen von Unternehmensseite.

Ekaterina Cherkasova, Senior Manager bei PwC, informierte anschließend über die kürzlich erfolgte Black-Listung Russlands als Steueroase. Grund sei insbesondere das bereits 2021 als schädlich eingeschätzte Steuersystem für internationale Holdinggesellschaften. Die russische Regierung diskutiere nun im Gegenzug die Aussetzung von Doppelbesteuerungsabkommen. Hier warte man allerdings noch auf die gesetzliche Basis. Bilgeis Mamedova, Rechtsanwältin bei ADVANT Beiten, analysierte aktuelle Rechtsfragen, die sich sowohl für Unternehmen stellen, die in Russland bleiben, als auch für diejenigen, die den Markt verlassen. So gebe es weiterhin kaum Bewegung beim Thema Dividendenzahlungen ins Ausland. Gerade verschärft hätten sich zudem die Zahlungsaufgaben, die mit dem Verkauf von Unternehmen verbunden seien. Demnach sind in jedem Fall zwischen fünf und zehn Prozent des vollen Marktwertes als „freiwillige Zahlung“ an den russischen Staatshaushalt abzuführen, wobei Ausländer Unternehmen maximal zum halben Marktwert und nur mit staatlicher Genehmigung veräußern dürfen.

Den Vortrag von Ekaterina Cherkasova zur Listung Russlands als Steueroase und den damit verbundenen Konsequenzen finden Sie als Download am Ende dieser Seite:

<https://www.ost-ausschuss.de/de/stephan-eder-folgt-auf-mario-mehren>

-----

### **Plattform Wiederaufbau Ukraine gestartet und attackiert**

Die Bundesregierung hat am Montag, den 27. März, unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine nationale Plattform Wiederaufbau Ukraine gegründet. Unter den 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Auftaktkonferenz waren auch Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms, Regionaldirektor Stefan Kägebein und die Leiterin des Ost-Ausschuss-Service Desks Ukraine Alena Akulich. Kurz vor Konferenzbeginn wurde zudem das Internet-Portal [www.ukraine-wiederaufbauen.de](http://www.ukraine-wiederaufbauen.de) freigeschaltet, das Basisinformationen für Interessierte enthält, die sich für den Wiederaufbau in der Ukraine engagieren wollen. Das Internet-Portal enthält auch Informationen über Angebote und Fördermöglichkeiten der Bundesregierung für Unternehmen, Kommunen, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Am 4. April wurde bekannt, dass das Internet-Portal bereits zur Zielscheibe russischer Hackergruppen geworden ist. Sollte die Plattform zeitweise nicht erreichbar sein, wäre dies eine mögliche Erklärung:

[Ukraine: Prorussische Hackergruppe greift Plattform des Entwicklungsministeriums an - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Wiederaufbau in der Ukraine – Möglichkeiten für die Wirtschaft**

Am 16. März fand eine gemeinsame Veranstaltung des Ost-Ausschusses mit der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft (vbw) zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine:



Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft“ in München statt. Ost-Ausschuss - Geschäftsführer Michael Harms und Ost-Ausschuss-Regionaldirektor Stefan Kägebein informierten hier über die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten für deutsche Unternehmen, sich am Wiederaufbau aktiv zu beteiligen. Eine Aufzeichnung der Veranstaltung inkl. Präsentationen ist unter diesem Link abrufbar:

[ReBuild Ukraine – Möglichkeiten für die bayerische Wirtschaft \(vbw-bayern.de\)](https://www.vbw-bayern.de)

### **Weltbank: Wiederaufbau der Ukraine kostet 411 Milliarden Dollar**

Die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine und die Erholung der Wirtschaft des Landes sind auf eine Summe von 411 Milliarden Dollar angewachsen. Das geht aus einer gemeinsamen Schätzung der Weltbank, der EU, der UNO sowie der ukrainischen Regierung hervor. Die Kosten umfassen den Zeitraum des ersten Jahres seit Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022. Die Organisationen und Institutionen gehen zudem von einem sofortigen Bedarf an Geldern in Höhe von 14 Milliarden Dollar noch in diesem Jahr für prioritäre Investitionen aus, damit der Wiederaufbau überhaupt starten kann. Die ukrainische Regierung nannte fünf Prioritäten für den Wiederaufbau: die Energieinfrastruktur, das Wohnungswesen, bedeutende Infrastruktur, die Konjunktur sowie die Entminung. Kyjiw wies außerdem darauf hin, dass derzeit noch Daten aus den von Russland besetzten Gebieten zum dortigen Bedarf für den Wiederaufbau fehlten.

Hier eine Aufschlüsselung der Wiederaufbau-Kosten:

[Infografik: 411 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau | Statista](#)



„Süddeutsche Zeitung“, „Der Spiegel“ und das ZDF, berichtete. Zu bereits erfolgten Angriffen durch die Moskauer Firma haben deutsche Sicherheitsbehörden jedoch dem Vernehmen nach noch keine Erkenntnisse.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte dem „Spiegel“, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) solle künftig als Zentralstelle mehr Kompetenzen beim Schutz vor Cyberangriffen erhalten. Zudem müsse das Bundeskriminalamt (BKA) „eine Behörde sein, die frühzeitig Cyberangriffe erkennt und auch stoppen kann“. Beim BKA gebe es eine große Expertise, die sich auch schon „durch weltweit hervorragend vernetzte Ermittlungen gegen Darknet-Plattformen“ gezeigt habe. Für eine entsprechende Änderung sei eine Grundgesetzänderung notwendig, räumte sie ein.

-----

### **Gericht friert VW-Vermögen in Russland ein**

Ein Gericht in Nischni Nowgorod an der Wolga hat auf eine Klage des früheren russischen VW-Partners Gaz hin das Vermögen des Wolfsburger Automobilkonzerns in Russland beschlagnahmt, dies berichtet Spiegel-Online. Gaz habe vor Gericht beantragt, die Kündigung des Montagevertrags für nichtig zu erklären und VW zu einer Vertragsstrafe von umgerechnet 190 Millionen Euro zu verurteilen, berichtete die Nachrichtenagentur Interfax am Montag unter Berufung auf die Gerichtsakte.

Ein VW-Sprecher erklärte, das Unternehmen prüfe den Fall. »Wir sind überrascht davon, dass GAZ genau jetzt Forderungen erhebt, wenn man bedenkt, dass wir jahrelang gute Geschäftsbeziehungen pflegten und unsere Partnerschaft Mitte 2022 in beidseitigem Einvernehmen beendet haben.« Weitere Details nannte das Unternehmen nicht. Nachdem im Mai die US-Sanktionen gegen Gaz in Kraft getreten waren, zog sich VW offiziell aus der Co-Fertigung zurück und bot den Angestellten dort eine Abfindung an. Die Produktion wurde – wie auch im eigenen VW-Werk in Kaluga 150 Kilometer südlich von Moskau – bereits kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eingestellt.

Zuletzt war bekannt geworden, dass der deutsche Automobilbauer über einen Verkauf seines Werks und anderer Vermögenswerte in Russland verhandelt. Als möglicher Käufer galt die Autohandelsgruppe Avilon. Allerdings müssen solche Geschäfte von der russischen Regierung abgesegnet werden.

Am 4. April erreichte uns eine Meldung von Kommersant, dass ein Gericht in Nischnij Nowgorod die Beschlagnahmung des Volkswagen-Vermögens in Russland teilweise wieder aufgehoben habe. Insbesondere die Fabrik des Autobauers in Kaluga sei nicht mehr von der Maßnahme betroffen.

[Суд частично разморозил российские активы Volkswagen – Коммерсантъ Нижний Новгород \(kommersant.ru\)](#)

[Volkswagen: Gericht friert Vermögen von VW in Russland ein - behaupteter Vertragsbruch - DER SPIEGEL](#)

---

## **Solvay schließt den Verkauf von RusVinyl ab**

Der deutsche Chemiekonzern Solvay gab laut einer Meldung von DowJones bekannt, dass er aus seinem PVC-Joint-Venture in Russland, RusVinyl, ausgestiegen ist, indem er seine 50-prozentige Beteiligung an seinen Partner Sibur veräußert hat. Die Veräußerung führte zu einem Erlös von 433 Millionen Euro, der im ersten Quartal als Cashflow aus Investitionstätigkeit verbucht wird, so Solvay in einer Pressemitteilung. Der Konzern wird im ersten Quartal auch einen Verlust von 174 Millionen Euro aus dieser Veräußerung verbuchen, der hauptsächlich die Materialisierung der ursprünglichen Umrechnungsdifferenzen widerspiegelt. Solvay hatte Anfang März die Veräußerung seiner Anteile an dem Joint Venture angekündigt. RusVinyl beschäftigt in seinem Werk für Polyvinylchlorid und Natronlauge etwa 500 Mitarbeiter.

---

## **Darf Rosatom in Niedersachsen Brennelemente aufbereiten?**

Das niedersächsische Umweltministerium muss laut Spiegel als atomrechtliche Genehmigungsbehörde über einen Antrag entscheiden, ob künftig auch in Lingen Brennelemente für osteuropäische Atomkraftwerke eines russischen Typs hergestellt werden dürfen.

Zunächst war ein Joint Venture des französischen Framatome-Konzerns, zu dem die Lingener Brennelementefabrik ANF gehört, mit einem Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns Rosatom in Deutschland geplant. Dieser Antrag wurde nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zurückgezogen, nachdem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erhebliche Zweifel an einer Genehmigung geäußert hatte. Daraufhin gründeten dem Umweltministerium zufolge die Framatome GmbH, die Muttergesellschaft der ANF, und die russische Rosatom-Tochter TVEL ein Gemeinschaftsunternehmen in Frankreich. Für die Produktion der Brennelemente für den russischen Reaktortyp sei weiter eine enge Kooperation mit Rosatom geplant.

Niedersachsens Energie- und Umweltminister Christian Meyer (Grüne) sehe diese Kooperation mit dem russischen Staatskonzern äußerst kritisch. »Geschäfte mit Putin sollten beendet werden«, sagte er. Die Urangeschäfte Russlands mit Lingen zeigten die hohe Abhängigkeit der europäischen Atomindustrie von Putins Russland. »Dies durch Joint Ventures, direkte oder indirekte Beteiligungen Russlands, zu verfestigen, halte ich politisch angesichts Putins brutalen Energiekriegs gegen Europa für fatal«, sagte Meyer.

[Russland soll bei Brennelemente-Fertigung in Lingen helfen - DER SPIEGEL](#)

## **General Electric ersetzt Siemens in Russland**

Der US-Industrieriese General Electric macht allen Sanktionen zum Trotz weiterhin Geschäfte in Russland, dies berichtet die Wirtschaftswoche. Bei der Wartung von Kraftwerken profitierten demnach die Amerikaner nun davon, dass der Rivale Siemens Energy vergangenes Jahr sämtliche Geschäfte in Russland beendet hat.

Der Münchner Energietechnikkonzern gab auch die Wartung seiner Turbinen bei T Plus auf, einem der größten Energieversorger Russlands. Hier sei GE eingesprungen und habe mit T Plus einen Wartungsvertrag für die Siemens-Turbinen unterzeichnet, heißt es in Branchenkreisen. GE hat auch eigene Turbinen in den Kraftwerken des russischen Stromerzeugers installiert und hält diese nach wie vor instand.

Ein GE-Sprecher teilte dazu mit: GE habe das Geschäft in Russland ausgesetzt, mit der Ausnahme, dass GE weiterhin technische Unterstützung für bereits bestehende Kraftwerke und Stromnetze im Land leiste. GE arbeite eng mit den Behörden zusammen, um die Einhaltung aller Sanktionen, Gesetze und Regulierungen sicherzustellen. Die Europäische Union hatte den Kraftwerksservice 2022 nach dem Einmarsch von Russlands Truppen in die Ukraine unter Embargo gestellt.

Die US-Regierung dagegen räumt eine Ausnahme für Anlagen ein, die bereits errichtet waren. Offenbar macht GE auf dieser Basis bis heute Wartungsgeschäft in Russland, der Konzern erklärt sich hierzu nicht.

[Russland-Geschäft: GE macht weiter Wartungsgeschäft in Russland – nun auch für Siemens-Turbinen \(wiwo.de\)](#)

### 3. Europäische Union

---

#### **EU will Druck auf Russland erhöhen – Ölpreisdeckel in der Diskussion**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben der Ukraine versprochen, härter gegen Russland vorzugehen. Dazu wird möglicherweise die Preisobergrenze für den Handel mit russischem Öl gesenkt. Die Europäische Union sei entschlossen, den kollektiven Druck auf Russland zu erhöhen, hieß es in einer auf dem EU-Gipfel am 24. März verabschiedeten Erklärung, über die die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Dies schließt auch mögliche weitere Sanktionen und Arbeiten an der bereits existierenden Preisobergrenze für russische Erdölzeugnisse ein. Zuletzt hatten unter anderem Länder wie Polen und Litauen eine Absenkung der Preisobergrenze gefordert, um Russlands Einnahmen aus Ölexporten noch weiter zu beschneiden.

Zugleich sagten Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Kollegen der Ukraine auch weitere politische, wirtschaftliche, militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe zu - solange dies nötig ist. Geplant wird zum Beispiel, in den kommenden zwölf Monaten eine Million neue Artilleriegeschosse zu liefern.

Der Mitte März ausgestellte internationale Haftbefehl gegen den russischen Staatschef Wladimir Putin wird in der Gipfelerklärung lediglich „zur Kenntnis genommen“. Als Grund für die zurückhaltende Formulierung gilt insbesondere die Haltung Ungarns.

-----

**Bloomberg: EU plant Pilotprojekt zur Überwachung der Einhaltung von Sanktionen gegen Russland**

Die Europäische Kommission plant zusammen mit mehreren EU-Ländern, in diesem Sommer ein gemeinsames Projekt zur Überwachung der Einhaltung von Sanktionen gegen Russland zu starten, schreibt Bloomberg unter Berufung auf Insiderinformationen.

Das Projekt zielt darauf ab, Lücken im Sanktionssystem zu schließen und die Koordination zwischen den nationalen Regierungen zu verbessern, so die Agentur. Es soll innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden und könnte ein Vorläufer eines neuen EU-Aufsichtsgremiums werden, erklärte die Quelle gegenüber der Agentur.

Laut Bloomberg beteiligen sich aktuell neun Länder an der Initiative: die Tschechische Republik, Zypern, Dänemark, Ungarn, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien und Spanien. Ende März erklärte die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dass das elfte EU-Sanktionspaket in erster Linie darauf abzielen würde, Schlupflöcher zu schließen und die Durchsetzung der Sanktionen zu verstärken. Sie sagte nicht, wann die neuen restriktiven Maßnahmen eingeführt werden sollen.

[Bloomberg узнал о проекте ЕС по поиску пробелов в санкциях против России — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru/news/eu/2022/03/24/eu-sanctions-against-russia)

---

## **Litauen streitet über weitere Sanktionen gegen Belarus und Russland**

Der litauische Präsident wird wahrscheinlich sein Veto gegen einen Gesetzentwurf einlegen, der unterschiedliche Beschränkungen für russische und belarussische Staatsangehörige vorsieht, dies berichtet Euractiv. Die Initiative wird derzeit im litauischen Parlament als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in der Ukraine diskutiert. Laut Kęstutis Budrys, dem Berater von Präsident Gitanas Nausėda, vertritt Litauen offiziell den Standpunkt, dass Belarus für die Aggression gegen die Ukraine ebenso verantwortlich ist wie Russland. Die ersten Angriffe auf Kyjiw wurden von belarussischem Territorium aus geführt.

Die litauische Regierung möchte, dass das Parlament ein separates Gesetz zur Einschränkung der Reisefreiheit für russische und belarussische Staatsbürger verabschiedet. Der vom parlamentarischen Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung (NSGK) vorgelegte Gesetzentwurf sah zunächst vor, das Recht russischer und belarussischer Staatsangehöriger auf Beantragung der litauischen Staatsbürgerschaft zu beschränken. Außerdem sollte es Russen und Belarussen untersagt werden, in Litauen Immobilien zu erwerben. In der vergangenen Woche hat die NSGK ihren Standpunkt jedoch aufgeweicht und letztere Einschränkung für belarussische Staatsangehörige aufgehoben. Für Russen soll das Verbot des Immobilienerwerbs für ein Jahr gelten.

---

## **Kasachstan will Sanktionsumgehung bekämpfen**

Laut einem Bericht der Financial Times will Kasachstan Waren, die das Land Richtung Russland passieren, bis zu ihrem endgültigen Bestimmungsort überwachen, um die Umgehung westlicher Sanktionsumgehungen zu verhindern. Das zentralasiatische Land, das die längste Landgrenze mit Russland hat, verzeichnete im vergangenen Jahr einen starken Anstieg der Exporte in das Nachbarland, zum Beispiel von Unterhaltungselektronik, Autos und Autoteilen. Dabei könnte es sich um Sanktionsumgehungen handeln. Kasachstan, das zusammen mit Russland der Eurasischen Wirtschaftsunion angehört und historisch und kulturell eng mit Russland verbunden ist, aber beispielsweise die Annexion der Krim durch Russland nie anerkannt hat, hat keine Sanktionen oder Beschränkungen für seinen Handel mit Russland verhängt. Das Land unterhält jedoch auch enge Handelsbeziehungen zur EU, was bedeutet, dass es seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine im vergangenen Jahr eine diplomatische Gratwanderung vollziehen muss.

Die kasachischen Behörden betonen, dass viele der Exportsteigerungen aus westlichen Ländern nicht auf die Wiederausfuhr von Waren nach Russland zurückzuführen sind. Sie betonen aber auch die Maßnahmen, die das Land ergriffen hat, um die Einhaltung der Vorschriften durch die Unternehmen zu gewährleisten, wie zum Beispiel das neue Zollverfolgungssystem. Dieses neue Online-Tool, über das Eurasianet zuerst berichtete, wird am 1. April eingeführt und „die Verfolgung der gesamten Warenbewegungskette von Grenze zu Grenze in Echtzeit ermöglichen“, so ein hoher kasachischer Beamter



gegenüber der Financial Times. „Wir sind uns der Risiken von Sekundärsanktionen bewusst, daher überwachen wir unseren gegenseitigen Handel mit allen Partnern genau“, sagte der Beamte und fügte hinzu, dass das Land „ständig daran arbeitet, die Risiken der Wiederausfuhr zu verringern“.

Daten des kasachischen Statistikamtes zeigen, dass die Ausfuhren nach Russland im vergangenen Jahr um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. So stieg beispielsweise die Zahl der aus Kasachstan nach Russland exportierten Waschmaschinen von null im Jahr 2021 auf fast 100.000 im Jahr 2022. Beamte in Kasachstan verweisen jedoch auf eine Reihe von Gründen, um den Anstieg des Wertes einiger Handelsgüter zu erklären. Sie verweisen auch auf die Tatsache, dass viele Produkte, die nach Russland reexportiert werden, aus Ländern wie der Türkei und China stammen, die keine Beschränkungen für den Handel mit Russland eingeführt haben.

An der Wiederausfuhrpraxis, die in Russland gemeinhin als „Parallelimport“ bezeichnet wird, sind Berichten zufolge unter anderem Unternehmen in Ländern beteiligt, die mit Russland eine Zollunion bilden. Dies sind Kasachstan, Armenien, Kirgisistan und Belarus. Die Unternehmen, die sich entweder in lokalem Besitz befinden oder von russischen Staatsangehörigen gegründet wurden, kaufen Waren von westlichen Firmen, die Russland entweder seit dem Beginn der Invasion in der Ukraine boykottieren oder ihre Exporte nach Russland aufgrund von Sanktionen eingestellt haben. Häufig handelt es sich dabei um westliche Konsumgüter, wie zum Beispiel Handys. Nachdem die Unternehmen die Waren in diesen Drittländern erhalten haben, führen sie sie wieder nach Russland aus.

Der Kreml verfügt über eine lange Liste von Artikeln mit legalisierten Parallelimporten, was bedeutet, dass Unternehmen, die solche Waren nach Russland bringen, keine Genehmigung des Originalherstellers mehr benötigen, beispielsweise von Apple für die Einfuhr seiner neuesten iPhones.

-----

### **Wirtschaftswoche:**

#### **Raiffeisen prüft Verkauf oder Abspaltung von Russland-Geschäft**

Die Raiffeisen Bank International (RBI) verfolgt für ihr Russland-Geschäft nunmehr zwei Optionen: Einen Verkauf oder eine Abspaltung der umstrittenen Einheit. Beide Möglichkeiten würden zu einer Entkonsolidierung aus dem Konzern führen, sagte Bankchef Johann Strobl am 30.3. nach Angaben der Wirtschaftswoche auf der Hauptversammlung. Gleichzeitig wies der Manager darauf hin, dass ein Ausstieg aus dem Land nicht einfach sei. „Es ist kein Spaziergang, es gilt viele Hürden zu überwinden“. Bis wann nun mit einer Entscheidung zu rechnen sei, ließ der RBI-Chef weiter offen. Er bat einmal mehr um Verständnis, dass die Prüfung äußerst komplex sei.

Eine Lösung des Russland-Dilemmas ist damit weiter nicht in Sicht. Bereits seit über einem Jahr erklärt die Bank, sie prüfe alle Optionen bis hin zu einem Verkauf der russischen Tochter, die ihr größter Einzeltragsbringer ist. Zuletzt wuchs jedoch der Druck auf die RBI, sich konkret zu äußern, schreibt die Wirtschaftswoche.

Die RBI ist der größte westliche Kreditgeber in Russland und wichtig für den internationalen Zahlungsverkehr. Im Vorjahr erzielte der Konzern einen Nettogewinn von rund 3,6 Milliarden Euro, wobei zwei Milliarden Euro aus dem Russland-Geschäft stammten. Gewinne dürfen aus Russland derzeit aber nicht ausgeschüttet werden.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) pochte Insidern zufolge auf einen Plan, wie das Bankgeschäft dort aufgegeben und die Risiken bewältigt werden könnten. Zudem ist das Geldhaus ins Visier der US-Sanktionsbehörde OFAC geraten, die von der RBI einige Fragen zu ihrem Russland-Geschäft beantwortet haben will.

Ein Verkauf des Russland-Geschäfts ist laut Strobl äußerst schwierig. Man sei aber in Gesprächen mit zwei Interessenten, räumte er ein. Er erklärte dazu, bei einem Verkauf brauche man zunächst einen Verkäufer, der nicht sanktioniert sei. Weiter sei die Zustimmung von mindestens fünf Behörde nötig.

Darüber hinaus brauche es ein Angebot mit einem Kaufpreis, der den Vorstellungen der Bank entspricht. „Das Präsidentenoffice bestimmt den Kaufpreis, der höchstens 50 Prozent des Wertes sein kann, den ein russischer Gutachter festsetzt“, sagte Strobl. Danach müsse man noch eine „Auswanderungssteuer“ in Höhe von zehn Prozent des Kaufpreises an den russischen Staat abliefern.

Eine Abspaltung würde etwa vier bis sieben Monate dauern und bedürfe der Zustimmung der Aktionäre. Dabei würden die RBI-Aktionäre dann zwei Aktien besitzen, eine für die RBI und eine zweite für das Russlandgeschäft. Das abgespaltene Geschäft könnte dann an der Wiener Börse gelistet sein.

Aktionäre bezweifelten die Umsetzbarkeit der Optionen und fragten den RBI-Chef, warum man es nicht offen ausspreche, dass ein Ausstieg derzeit nicht möglich sei. Strobl antwortete: „Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir es derzeit nicht für machbar halten, dann werden wir das öffentlich sagen.“

Die Präsenz in Russland werde man jedenfalls nicht leichtfertig aufgeben, sagte RBI-Aufsichtsratschef Erwin Hameseder in seiner Eröffnungsrede. Die Schadensminimierung habe oberste Priorität. Kritik übte Hameseder daran, dass der Bank „unmoralisches Verhalten“ vorgeworfen werde. „Wir seien der Verlockung des Geldes erlege und würden uns am Krieg bereichern wollen, völlig absurd“, so Hameseder. „Solche Vorwürfe sind inhaltlich ebenso falsch wie moralisch überheblich“.

Er betonte, dass sich die meisten westlichen Unternehmen nicht aus Russland zurückgezogen hätten, darunter die Bank of America oder die italienische UniCredit. Bei einem Verkauf sei zudem zu bedenken, dass damit die russische Staatskasse gefüllt werden würde, sagte Hameseder.

[Russland: Raiffeisen Bank prüft Abspaltung \(wiwo.de\)](https://www.wiwo.de)

-----

## **RND: Türkei setzt erste Russland-Sanktionen um**

Nach Recherchen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) begann die Türkei im

März damit, einige westliche Sanktionen gegen Russland umzusetzen bzw. ihre Umgehung zu behindern. Grund sei der wachsende Druck der USA.

Seit vergangenen Sommer hatte sich die Zahl der Flugverbindungen zwischen der Türkei und Russland auf täglich weit über 100 Flugverbindungen erhöht. Mitte März habe die Türkei nun aber die Betankung russischer Flugzeuge gestoppt. Maschinen, die mehr als 25 Prozent Teile aus den USA enthalten, würden nicht mehr betankt, berichtet RND. Das treffe nicht nur auf Boeing-Jets zu, sondern auch auf Flugzeuge von Airbus, in denen viele US-Komponenten verbaut sind.

Mit den Sprintsanktionen beuge sich die Türkei wachsendem Druck der USA. Washington missfällt seit Langem, dass die Türkei zum wichtigsten Transitland für russische Auslandsreisende geworden ist. Russische Fluggesellschaften wie Aeroflot, S7, Rossija und Utair müssen jetzt Tankstopps in Sotschi einlegen, weil sie in der Türkei keinen Sprit mehr bekommen.

Bisher setzte die Türkei, obwohl Mitglied der Nato, keine der vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen um. Sie wurde damit zur wichtigsten Drehscheibe des russischen Außenhandels. Auch das ändert sich jetzt. Anfang März stoppte die türkische Regierung den bis dahin florierenden Transit westlich sanktionierter Güter nach Russland. Ankara habe den USA und der EU mündlich zugesichert, dass keine Waren mehr nach Russland gelangen, die unter die Sanktionen fallen, berichten westliche Diplomaten.

Ganz aus freien Stücken kommt der Sinneswandel nicht, schreibt RND. Seit dem verheerenden Erdbeben von Anfang Februar ist Staatschef Recep Tayyip Erdogan mehr denn je auf die Unterstützung der USA und der EU angewiesen, finanziell, aber auch politisch. Der türkische Präsident bezifferte den materiellen Schaden der Katastrophe am Montag auf 104 Milliarden Dollar. Das entspricht mehr als 12 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Die 7 Milliarden Dollar, die diese Woche bei der Geberkonferenz in Brüssel zusammenkamen, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal ein Teil davon nach Syrien fließt. Sanktionen der USA oder der EU sind das Letzte, was Erdogan jetzt, sieben Wochen vor den Wahlen, gebrauchen kann.

Das erklärt auch Erdogans Einlenken im Streit um die Nato-Norderweiterung. Für den Beitritt Finnlands gab der türkische Staatschef vergangenen Freitag endlich grünes Licht. Die Zustimmung zur Aufnahme Schwedens dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Auch in der Kontroverse um die russischen Flugabwehrraketen S-400, mit deren Beschaffung Erdogan 2017 die USA gegen sich aufbrachte und die Nato-Partner verärgerte, zeichnet sich möglicherweise eine Lösung ab: Man brauche die russischen Raketen gar nicht mehr, weil man eigene Systeme entwickle, sagte vergangene Woche Haluk Görgün, CEO des Rüstungskonzerns Aselsan, der regierungsnahen Zeitung „Milliyet“.

[Türkei setzt erste Russland-Sanktionen um: Erdogan steckt zurück \(rnd.de\)](https://www.rnd.de/politik/Tuerkei-setzt-erste-Russland-Sanktionen-um-Erdogan-steckt-zurueck-rnd.de)

-----

## **Bulgarien kauft Kernkraftwerksausrüstung in Russland**

Die bulgarische Regierung hat offenbar den Kauf von Ausrüstungen und Materialien in Russland für das Kernkraftwerk Kozloduy genehmigt, trotz der derzeitigen Sanktionen der Europäischen Union (EU). Dies berichtet die Zeitung Iskra. Das bulgarische Ministerkabinett habe die Umgehung der Sanktionen genehmigt, um die notwendigen Materialien und Ersatzteile für die Reparatur und den Betrieb des Kernkraftwerks zu kaufen. Der bulgarische Energieminister Rosen Hristov wies darauf hin, dass der Kauf für die Sicherheit des Kraftwerks entscheidend sei, da das Land noch keine alternativen Lieferanten gefunden habe. „Wir sind weiterhin auf der Suche nach neuen Auftragnehmern. Eine andere Richtung ist die Wiederbeschaffung solcher Teile, um den sicheren Betrieb des KKW Kosloduj für die kommenden Jahre zu gewährleisten und die Energiesicherheit des Landes zu sichern“, fügte der Minister hinzu. Im Februar wurde berichtet, dass Sofia ein Veto einlegen würde, falls das zehnte EU-Sanktionspaket auch die russische Kernenergie umfassen sollte, da dies negative Folgen für den eigenen Energiesektor hätte.

-----

## **Finnland genehmigt Transit von Düngemitteln aus Russland**

Das finnische Außenministerium hat eine Genehmigung für die Durchfuhr einer russischen Düngemittellieferung durch das EU-Gebiet und ihre Ausfuhr in ein Drittland erteilt, nachdem diese am 9. März im Hafen von Kotka von der Nationalen Durchsetzungsbehörde Finnlands eingefroren worden war. Es bestand der Verdacht, dass die Düngemittel von einer Person kontrolliert wurden, die auf der Russland-Sanktionsliste der EU steht; dies wurde nach einer Untersuchung bestätigt. Das Außenministerium erklärte, dass die EU-Mitgliedstaaten die Freigabe von Düngemitteln, die aufgrund der Tatsache, dass es sich um das Vermögen einer benannten Person handelt, eingefroren wurden, genehmigen können, wenn die Düngemittel zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit in ein Drittland exportiert werden sollen.

-----

## **Champagner könnte über die Türkei und die VAE nach Russland gelangen**

Die Champagnerexporte aus Frankreich in die Länder des Persischen Golfs sind 2022 sprunghaft angestiegen, während die Türkei und die VAE ihre Lieferungen nach Russland erhöht haben. Dies berichtet das Wirtschaftsmedium RBC-Ukraine unter Berufung auf die US-Nachrichtenagentur Bloomberg. „Französische Hersteller lieferten fast 1,9 Millionen Flaschen Champagner in die Vereinigten Arabischen Emirate, ein Plus von 75 Prozent, während die Exporte in die Türkei um 120 Prozent stiegen. Die Champagnerausfuhren aus der Türkei nach Russland stiegen gleichzeitig im Jahr 2022 um 182 Prozent“, heißt es in dem Bericht.

Nach dem Einmarsch in der Ukraine strömten russische Staatsangehörige in die VAE und ihre Nachbarländer. Ihre Anwesenheit könnte den Absatz in Ländern wie der Golfregion angekurbelt haben. Nach dem Einmarsch in der Ukraine im vergangenen Jahr verhängte die EU ein Verbot für die Ausfuhr von Luxusgütern nach Russland. Das Verbot gilt jedoch

nur für Waren im Wert von mehr als 300 Euro, und Champagnerflaschen werden oft billiger verkauft. Einige Länder, in denen die Einfuhren von Champagner stark angestiegen sind, haben diese möglicherweise nach Russland reexportiert. „Die Daten zeigen, dass Russland, das 2021 der 13. größte Exportmarkt nach Volumen war, auf Platz 38 zurückgefallen ist, nachdem die Lieferungen 2022 um mehr als 80 Prozent zurückgegangen sind“, berichtet Bloomberg.

[Санкции против России - Турция и ОАЭ могли доставлять шампанское | РБК Украина \(rbc.ua\)](#)

-----

## **Neue FAQ zu EU-Sanktionen**

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen in Bezug auf Krypto-Assets und geistige Eigentumsrechte aktualisiert. Diese sind im Abschnitt EU-Leitlinien auf dieser Website zu finden:

[Frequently asked questions on crypto-assets concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europeansanctions.com\)](#)

[Frequently asked questions on intellectual property rights concerning sanctions adopted in view of Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europeansanctions.com\)](#)

## **Das Portal Europeansanctions.com fasst die wichtigsten Inhalte der FAQ folgendermaßen zusammen:**

### Krypto-Vermögenswerte

FAQ 2 wurde aktualisiert, um zu klären, ob das Verbot der Bereitstellung von Krypto-Asset-Wallet-, Konto- oder Verwahrungsdienstleistungen bedeutet, dass von europäischen Betreibern erwartet wird, dass sie die Krypto-Konten ihrer russischen Kunden schließen und deren digitale Vermögenswerte zurückgeben oder diese einfrieren.

### Rechte an geistigem Eigentum

An den FAQ 2, 6, 8, 14 und 22 wurden geringfügige klarstellende Änderungen vorgenommen. Die Antwort auf diese Frage wurde präzisiert:

Wie sollten "Zahlungen" behandelt werden, die EU-Rechtsanwaltskanzleien für die Anmeldung/Vertretung des Inhabers eines russischen oder weißrussischen Schutzrechts erhalten? Macht es einen Unterschied, ob der Inhaber des Schutzrechts gemäß Anhang I der Verordnung (EU) 269/2014 des Rates benannt ist? Sollten die Ämter für geistiges

Eigentum der EU und der Mitgliedstaaten die Zahlung von Gebühren für die Eintragung oder Verlängerung von Schutzrechten ablehnen?

Es wurden folgende neue FAQs hinzugefügt:

Sollten die Ämter für geistiges Eigentum Anträge auf Eintragung neuer Schutzrechte von Personen, die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates aufgeführt sind, oder von Personen, die ihnen gehören oder von ihnen kontrolliert werden, annehmen?

Ist die Erbringung von Rechtsberatungsdiensten für russische Unternehmen zum Zweck der Unterstützung in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zu Rechten des geistigen Eigentums gemäß Artikel 5n Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates zulässig?

Ist die Lizenzierung von Rechten des geistigen Eigentums für die Nutzung im Zusammenhang mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck oder fortgeschrittenen Technologien, die bestimmten Beschränkungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates unterliegen, verboten?

Ist der Lizenzgeber, der in einem Mitgliedstaat ansässig ist, verantwortlich, wenn sein Lizenznehmer die lizenzierten Rechte des geistigen Eigentums für Güter mit doppeltem Verwendungszweck oder fortschrittliche Technologien unter Verstoß gegen die Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates verwendet?

Welche Auswirkungen hat Artikel 5aa der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 auf die Rechte des geistigen Eigentums und die Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums?

Hier die konsolidierten Übersicht der EU-Kommission zu Sanktionen und FAQ:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

-----

### **Aktuelle EU-Guidelines und FAQ**

Alle bisherigen EU-Maßnahmen in der Gesamtübersicht:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

## 4. Russland

---

### **Anpassung der Exit-Steuer für ausländische Unternehmen**

Die russischen Behörden haben die Steuer angepasst, die bei einem Verkauf- und Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland fällig wird. Dies berichtet RBK. Die „freiwillige“ Abgabe aus Transaktionen an den russischen Staat, die den Verkauf von Vermögenswerten durch „unfreundliche“ Ausländer beinhalten, wird auf 5 Prozent des Marktwerts des Unternehmens festgelegt. Dies hat laut RBK ein Unterausschuss des Finanzministeriums klargestellt. Zuvor sollten 10 Prozent vom Kaufpreis abgeführt werden. Allerdings drückt eine zweite Vorschrift den Preis, der bei einem Verkauf von ausländischen Unternehmen maximal zu erzielen ist, auf höchstens 50 Prozent des Marktwerts. Insofern handelt es sich bei der Festlegung auf 5 Prozent des Marktwertes tendenziell um eine Steuererhöhung.

Der Unterausschuss Profil der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen (der Unterausschuss wird von Finanzminister Anton Siluanow geleitet) hat die Bedingungen für die Genehmigung von Transaktionen für den Verkauf russischer Vermögenswerte durch Einwohner unfreundlicher Länder „unter Berücksichtigung der Diskussion“ korrigiert, so der Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Unterausschusses vom 2. März, der am 27. März veröffentlicht wurde.

Bei der Prüfung, ob solche Transaktionen zu genehmigen sind, wird der Unterausschuss „im Allgemeinen davon ausgehen, dass es ratsam ist“, die folgenden Bedingungen zu stellen:

Die Verpflichtung, „freiwillig Geld in den föderalen Haushalt zu leiten“ in Höhe von mindestens 10 % des von einem unabhängigen Gutachter ermittelten halben Marktwerts der Vermögenswerte (d.h. mindestens 5 % des Marktwerts - RBC);

Die Verpflichtung zur „freiwilligen Überweisung an den Bundeshaushalt“ in Höhe von mindestens 10 % des Marktwerts der Vermögenswerte, wenn sie mit einem Abschlag von mehr als 90 % ihres Marktwerts verkauft werden.

Der Pressedienst des Finanzministeriums stellte gegenüber RBC klar, dass das Kriterium eines Beitrags von 5 % des Marktwerts gilt, wenn der Abschlag weniger als 90 % beträgt.

Im Dezember 2022 wurde bekannt, dass ein Unterausschuss eine freiwillige Beitragsverpflichtung zum Haushalt aus Transaktionen, die den Verkauf von Vermögenswerten durch Ausländer aus unfreundlichen Ländern beinhalten, eingeführt hat - mindestens 10 % des „Betrags der Transaktion“. Gleichzeitig wurde die Auflage gemacht, den Vermögenswert mit einem Abschlag von mindestens 50 % des durch ein unabhängiges Gutachten ermittelten Wertes zu verkaufen. Wurde das Unternehmen also beispielsweise für die Hälfte des Marktwerts verkauft, hätte der Beitrag mindestens 5 % des Wertes betragen müssen, bei einem Verkauf für 30 % des Marktwerts 3 % usw. (Der Beitrag würde mit zunehmendem Abschlag sogar sinken).



Wenn nun ein Unternehmen für 30 % des Marktwerts (d. h. mit einem Abschlag von 70 %) verkauft wird, beträgt der Beitrag zum Haushalt immer noch mindestens 5 % des Marktwerts.

Die Unterkommission legt nicht fest, wer die Gebühr zu entrichten hat. Tendenziell wird sie vom Käufer bezahlt, da sie nicht von unfreundlichen Ländern überwiesen werden kann, meint Sergey Pepelyaev, geschäftsführender Gesellschafter der Pepelyaev Group.

Im Juni teilte Alexander Schochin, Vorsitzender des Russischen Verbands der Industriellen und Unternehmer (RSPP), mit, dass Ausländer Unternehmen in Russland mit einem Abschlag von mindestens 50 % auf die "letzte offizielle Bewertung" verkaufen, und Finanzminister Anton Siluanow bestätigte, dass dies eine der Bedingungen sei. Der CSR schätzte im Oktober, dass der durchschnittliche Abschlag beim Verkauf russischer Einheiten durch ausländische Unternehmen bei etwa 70% liegt.

-----

### **Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen vorgeschlagen**

Das russische Finanz- und das Außenministerium schlagen nach Informationen von RSP International als Reaktion auf das EU-Blacklisting Russlands als Steueroase die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen mit so genannten „unfreundlichen“ Staaten vor, was nicht nur in Deutschland Auswirkungen auf die Besteuerung von u.a. Dividenden, Lizenzen und Löhnen haben dürfte. Sollte der Vorschlag unterstützt werden, wird die Anwendung reduzierter Quellensteuersätze (Steuerbefreiungen) auf Einkünfte, die Doppelbesteuerungsabkommen unterliegen, ab dem Zeitpunkt des Erlasses des entsprechenden Dekrets ausgesetzt. Dies wird auch für Deutschland insbesondere den ermäßigten Dividendensatz von 5 Prozent, die Besteuerung von Zinsen und Lizenzzahlungen sowie die Lohneinkünfte betreffen, für die das von 1996 stammende Doppelbesteuerungsabkommen entsprechende Zuweisungs- und Vermeidungsnormen vorsieht. Der Vorschlag beinhaltet wohl zunächst eine Aussetzung der DBA als Reaktion auf die westlichen Sanktionen, der dann eine entsprechende Kündigung folgen kann.

Die Mitteilung zur möglichen Aussetzung von Doppelbesteuerungsabkommen wurde am 15. März 2023 auf der Webseite des russischen Finanzministeriums (MinFin) veröffentlicht. Die Liste der „unfreundlichen“ Staaten umfasst etwa 60 Staaten, darunter alle EU-Mitgliedsstaaten, die USA, Großbritannien, die Schweiz, Japan und andere Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben.

In der Mitteilung des Finanzministeriums wird diese Initiative mit den gegen Russland verhängten Sanktionen sowie der jüngsten Aufnahme Russlands in die EU-Liste der „nicht kooperativen Steuergebiete“ („Schwarze Liste der EU“) in Verbindung gebracht. Beabsichtigt ist, die DBA-Anwendung „bis zur Wiederherstellung der verletzten Rechte Russlands“ einzustellen. Sollte Russland von der „Schwarzen Liste“ der EU gestrichen werden, könnte die Aussetzung wieder aufgehoben werden. Die Liste soll im Oktober 2023 revidiert werden.

Die Kanzler Brand und Partner beschreibt auf Ihrer Webseite, was mit einer Aussetzung der Doppelbesteuerungsabkommen neben der sprichwörtlichen Doppelbesteuerung

verbunden sein könnte. Demnach entfallen damit die vergünstigten Sätze und Befreiungen. Dies betrifft in erster Linie sogenannte „passive“ Einkünfte: Zinsen, Dividenden, Lizenzgebühren. Diese werden dann nach russischen Regeln besteuert: 15% für Dividenden, 20% für Zinsen, Lizenzgebühren und sonstige passive Einkünfte aus russischen Quellen. Die letzteren fallen dann auch unter die Besteuerung in Russland, was bisher durch die DBA ausgeschlossen wurde.

Ebenfalls können die Einkommen ausländischer Angestellter aus Arbeitstätigkeiten in Russland betroffen sein – es ist möglich, dass solche Einkommen sowohl in Russland als auch in dem entsprechenden ausländischen Staat ohne Anwendung des Abzugs bzw. der Freistellung besteuert werden können.

Darüber hinaus sehen einige DBA (z.B. mit Deutschland) die Befreiung von der russischen Quellensteuer bezogen auf Einkünfte aus dem Verkauf von Anteilen am Kapital von russischen Unternehmen vor, deren Vermögen zu mehr als 50% aus in Russland befindlichen Immobilien besteht. Auch die Anwendung dieser Befreiungen wird dann nicht mehr möglich sein. Insgesamt bleibe aber abzuwarten, ob dieser Vorschlag vom Präsidenten angenommen und umgesetzt wird.

[Anwendung wichtiger Doppelbesteuerungsabkommen \(DBA\) könnte ausgesetzt werden \(cleverreach.com\)](https://www.cleverreach.com)

-----

### **Russland konkretisiert Pläne für „Kriegsabgabe“ von Unternehmen**

Mehr als ein Jahr nach dem Einmarsch in die Ukraine treiben Russlands Behörden aufgrund finanzieller Probleme im eigenen Land Pläne für eine Unternehmens-Sondersteuer voran, dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Anfang April solle genau bestimmt werden, wie viel Geld insgesamt einkassiert werden müsse und wie hoch die Abgabe für einzelne Unternehmen ausfalle, sagte der russische Vize-Finanzminister Alexej Sasanow der staatlichen Nachrichtenagentur Tass zufolge. Zuvor hatte seine Behörde die Gesamtsumme bereits mit rund 300 Milliarden Rubel (3,7 Mrd Euro) angegeben.

In Kraft treten solle die neue Regelung voraussichtlich Ende des Jahres, hieß es nun weiter. Ausgenommen sein sollen etwa Unternehmen der Öl- und Gasbranche. Offiziell wird in Moskau stets betont, dass es sich um eine freiwillige Einmal-Zahlung handele. Einige Beobachter haben daran jedoch Zweifel, und auch hochrangige Wirtschaftsvertreter äußerten bereits Kritik. In nicht-staatlichen Medien ist immer wieder auch von einer „Kriegsabgabe“ die Rede, mit der die Führung in Moskau das Loch im Staatshaushalt teilweise stopfen wolle.

Trotz hoher Öl- und Gaseinnahmen wies das flächenmäßig größte Land der Erde im vergangenen Jahr ein Haushaltsdefizit von 3,3 Billionen Rubel (rund 41 Milliarden Euro) auf. Dieses Jahr drohen angesichts eines mittlerweile eingeführten Ölpreisdeckels noch deutlich stärkere Einbußen.

-----

## **Russische Post macht aufgrund von Sanktionen 350 Millionen Dollar Verlust**

Die Russische Post (Potschta Rossii) meldete Ende 2022 mit 27,2 Milliarden Rubel (353 Millionen Dollar) den ersten Verlust seit neun Jahren, berichtete RBC am 30. März. Potcha Rossii wurde in den Boomjahren der Nullerjahre in einen modernen und hochprofitablen Dienst umgewandelt, der in einem so großen Land wie Russland wichtige soziale Aufgaben hat. Auf der Grundlage des landesweiten Zweigstellennetzes wurde in Partnerschaft mit der staatlichen VTB-Bank auch ein Bankdienst eingerichtet. Die wirtschaftliche Abschwächung des letzten Jahres und die Sanktionen haben dem Unternehmen jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Der Umsatz des Unternehmens sank im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent auf 208,4 Milliarden Rubel (2,7 Milliarden Dollar), wobei mehr als die Hälfte der Einnahmen aus dem Postgeschäft stammt.

-----

### **Wirtschaftswoche:**

#### **Sanktionen bereiten Lada-Hersteller Schwierigkeiten**

Wegen akuter Zulieferprobleme schickt der russische Autobauer Avtovaz seine Belegschaft ab Ende Mai für drei Wochen kollektiv in den Urlaub, berichtet die Wirtschaftswoche. „Im Frühjahr 2023 hat eine Reihe von Bauteilzulieferern Avtovaz über die Beendigung der Lieferungen unterrichtet“, teilte der Konzern der Nachrichtenagentur Interfax zufolge am 30. März mit. Das im vergangenen Jahr vom russischen Staat rückübernommene Unternehmen klagte darüber, dass mit der Kündigung vorherige Liefervereinbarungen gebrochen worden seien. Schon im vergangenen Jahr musste der Konzern wegen Problemen mit Zubehöerteilen monatelang die Produktion stilllegen. Weil praktisch alle westlichen Autobauer sich aus Russland zurückgezogen haben, hat Avtovaz seine Marktführerschaft ausgebaut, konnte allerdings wegen dieser Schwierigkeiten nicht sonderlich vom Rückzug der Konkurrenz profitieren. Bei einem Gesamteinbruch des Marktes 2022 um 59 Prozent gingen die Lada-Verkäufe ebenfalls um 46 Prozent zurück.

-----

#### **Putin könnte in Armenien eine Verhaftung drohen**

Armenien und Russland – das war in den vergangenen Jahren eine tiefe Freundschaft, die Russland mit seiner Unterstützung im Bergkarabach-Konflikt pflegte. Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine verschlechtern sich die Beziehungen zwischen Eriwan und Moskau jedoch. Nun erleben sie einen neuen Tiefpunkt.

Armenien erwägt, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zu ratifizieren. Das Verfassungsgericht des Landes verkündete in der vergangenen Woche laut Medienberichten wie der Nachrichtenagentur Armenpress, dass es sich im Einklang mit dem armenischen Gesetz befinde. Einer Ratifizierung durch das Parlament stehe demnach nichts mehr im Weg.

Russland reagierte erbost. Die Nachrichtenagentur Ria zitierte aus dem Außenministerium in Moskau, dass man die Pläne Eriwans für „absolut inakzeptabel“ halte. Demnach habe man Armenien vor „ernsten Konsequenzen“ gewarnt. Hintergrund ist ein Haftbefehl des IStGH gegen Kremlchef Wladimir Putin, den Armenien im Falle einer Anerkennung des Strafgerichtshofs umsetzen müsste.

[Russland und Armenien: Wladimir Putin könnte bald auch beim Verbündeten verhaftet werden - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Krise in russisch-armenischen Beziehungen: Russland verbietet armenische Milchprodukte**

Moskaus Sorgen um die Lebensmittelsicherheit spiegeln in der Regel das Auf und Ab der politischen Beziehungen zu den Herkunftsländern wider. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Eriwan nahm am Wochenende eine Wendung, als Russland die Einfuhr von Milchprodukten aus Armenien aussetzte, schreibt Eurasianet. Während Moskau darauf besteht, dass sein neues Verbot auf Sicherheitsbedenken beruhe, verweisen Skeptiker darauf, dass Russland schon seit langem Lebensmittelverbote verhängt, um unbotmäßige Satrapen zu bestrafen. Der Streit um Lebensmittel kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Armenier ihr Militärbündnis mit Russland in Frage stellen und über ihre theoretische Verpflichtung nach internationalem Recht diskutieren, den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der kürzlich wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde, im Falle eines Besuchs in Haft zu nehmen.

[Russia bans Armenian dairy as relations continue to sour | Eurasianet](#)

-----

### **Forbes: Die Zahl der von Russen gegründeten Unternehmen in der Türkei ist 2022 um 670 Prozent gestiegen**

Russen haben im Jahr 2022 mehr als 1.300 Unternehmen in der Türkei angemeldet, berichtet die russische Ausgabe von Forbes. Das ist ein Anstieg um 670 Prozent gegenüber 2021. Die Türkei ist zu einem der beliebtesten Auswanderungsziele für Russen geworden. Sie machen ein Viertel aller ausländischen Immobilienkäufer in der Türkei aus. Die Zahl der von Russen registrierten Unternehmen in der Türkei stieg demnach von 177 im Jahr 2021 auf 1.363 im Jahr 2022. Russland steht bei diesem Indikator an erster Stelle, gefolgt vom Iran. Insgesamt stieg die Zahl der Unternehmen mit ausländischem Kapital in der Türkei im Laufe des Jahres um 49,8 %. Die meisten Unternehmen sind in Istanbul registriert (61,9 %), gefolgt von Antalya.

Russen waren auch die wichtigsten ausländischen Käufer von Wohnimmobilien in der Türkei. Insgesamt wurden 68.210 Immobilien verkauft, von denen 16.312 von Russen gekauft wurden - 23,9 Prozent, wie TEPAV herausfand. Die Immobilienverkäufe an Russen stiegen im Laufe des Jahres um 203,3 %, die an Ukrainer um 106,6 %. Die beliebtesten Ziele für den Kauf von Immobilien durch Ausländer waren Istanbul und Antalya, wobei die

Verkäufe in Antalya um 76,5 % und in Mersin (einer Großstadt im Süden der Türkei) um 71,7 % stiegen. Insgesamt stieg der Verkauf von Wohnimmobilien an Ausländer in der Türkei im vergangenen Jahr um 15,1 %.

Der starke Anstieg der Zahl der von Russen registrierten Unternehmen spiegelt die wachsende Attraktivität der Türkei als Zielland für russisches Geld wider, so Bloomberg. Als NATO-Land hat die Türkei keine Sanktionen gegen Russland verhängt und ihre Grenzen und ihren Luftraum nicht für Russen geschlossen. Die Türkei ist zu einem attraktiven Ziel für Investoren geworden, die Zuflucht vor Sanktionen suchen: Dazu gehören auch wohlhabende Menschen, die versuchen, ein mögliches Einfrieren ihrer Vermögenswerte zu vermeiden, so Bloomberg.

Die USA und die Europäische Union haben die Türkei gedrängt, die Sanktionen gegen Russland stärker durchzusetzen. Im Januar warnte das US-Finanzministerium die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman vor dem Risiko, den Zugang zum US-Markt zu verlieren, wenn sie die Beschränkungen gegen Russland ignorieren. Im Februar forderten die USA die Türkei auf, die Warenströme nach Russland einzuschränken, wie Bloomberg berichtet. Die Türkei hat den Verdacht zurückgewiesen, dass sie Russland mit Elektronik beliefert, die dann für militärische Zwecke verwendet wird.

[Число основанных россиянами в Турции компаний выросло на 670% за год | Forbes.ru](https://www.forbes.ru)

-----

### **IEA: Sanktionen schmälern Russlands Öleinnahmen**

Russlands Ölexporteinnahmen haben sich innerhalb eines Jahres halbiert, während die Ölexporte weitgehend unverändert geblieben sind. Dies deutet nach Ansicht der Internationalen Energie-Agentur (IEA) darauf hin, dass die westlichen Sanktionen den gewünschten Effekt haben, die Einnahmen Moskaus zu schmälern, ohne die weltweiten Ölströme einzuschränken, berichtet Dow Jones.

Nach IEA-Angaben sanken die russischen Einnahmen aus dem Ölexport im Februar auf geschätzt 11,6 Mrd US-Dollar - 2,7 Mrd weniger als im Vormonat und etwa die Hälfte der 22,1 Mrd Dollar, die Moskau im März 2022, unmittelbar nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine, mit seinen Ölexporten verdiente.

Die IEA erklärte, dass es Moskau ein Jahr nach Beginn des Krieges in der Ukraine - und nach einer Flut westlicher Sanktionen, die dazu führten, dass Russlands größte Abnehmer in Europa dem russischen Rohöl den Rücken kehrten - weitgehend gelungen sei, neue Kunden zu finden, allerdings zu hohen Abschlägen für seine Ölexporteinnahmen. Die Anzeichen dafür zeigten sich nicht nur in den sinkenden Einnahmen aus den Ölverkäufen, sondern auch in den längeren Fahrtzeiten, die russische Tanker in Kauf nehmen mussten, in den langen Transitzeiten, die russische Ölladungen auf See verbrachten, und in einer Zunahme zeitaufwändiger Umladungen von Schiff zu Schiff, so die IEA.

Die Preisobergrenzen zielen darauf ab, die Einnahmen Moskaus aus seinen Ölverkäufen zu verringern, ohne den weltweiten Ölfluss zu verhindern. Dies könnte den ohnehin

schon angespannten Ölmarkt weiter verknappen und die weltweiten Rohölpreise drastisch in die Höhe treiben. Im Februar gingen die russischen Ölexporte um 500.000 Barrel auf 7,5 Mio bpd zurück, nachdem der Januar ein besonders guter Monat für russische Ölexporte war, da Diesel und andere raffinierte Ölprodukte eilig aus Russland ausgeführt wurden, bevor die Sanktionen gegen ihren Handel in Kraft traten.

„Das G7-Sanktionsregime hat sich als wirksam erwiesen, indem es die weltweiten Rohöl- und Produktlieferungen nicht einschränkte, während es gleichzeitig Russlands Fähigkeit beschnitt, Exporteinnahmen zu erzielen“, erklärte die IEA. Die IEA geht nun davon aus, dass die russische Ölproduktion in diesem Jahr bei 10,4 Mio bpd liegen wird, 300.000 Barrel mehr als im vergangenen Monat prognostiziert, aber immer noch 740.000 bpd weniger als im Jahr 2022. Russland ist es gelungen, sein Produktionsniveau weitgehend aufrechtzuerhalten, da es nach alternativen Abnehmern, insbesondere in Indien und China, gesucht hat.

-----

### **Russland hat das Strafrechtsübereinkommen des Europarats zur Korruptionsbekämpfung aufgekündigt**

Der Europarat hat Russlands vollwertige Mitgliedschaft in der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) beschnitten, welche die Umsetzung der Bestimmungen des Strafrechtsübereinkommen zur Korruptionsbekämpfung überwacht. Dies meldet RSP International. Der Beschluss entzieht Russland das Stimmrecht sowie das Recht auf Beteiligung an Diskussionen und der Annahme von Berichten. Dabei ist GRECO jedoch weiter berechtigt, die Einhaltung der Verpflichtungen des Übereinkommens durch Russland zu überwachen. Der russische Präsident hat entschieden, dass solche Bedingungen eine Diskriminierung darstellen und daher per Erlass das Strafrechtsübereinkommen aufgekündigt.

Das Übereinkommen sieht vor, dass die Signatarstaaten auf nationaler Ebene Maßnahmen ergreifen, um die Bestechung von politisch exponierten Personen, Abgeordneten nationaler Parlamente und Unternehmen des Privatsektors zu verbieten. Darüber hinaus verpflichten sich die Staaten, entsprechende Maßnahmen gegen die Bestechung von ausländischen öffentlichen Personen, Mitgliedern internationaler parlamentarischer Versammlungen, Richtern und internationalen Gerichten zu ergreifen sowie Geldwäscher und Machtmissbrauch für eigennützige Zwecke zu bekämpfen.

-----

### **Neuer Präsidenten-Erlass für Wertpapierhandel**

Der russische Präsidentenerlass №138 vom 03.03.2023 regelt nunmehr das Verfahren für Geschäfte mit Wertpapieren (Aktien, Anleihen, öffentliche Anleihen, Anteile), die nach dem 1. März 2022 von Personen aus „unfreundlichen Staaten“ erworben oder einem Konto bei einer russischen Verwahrstelle gutgeschrieben worden sind, meldet RSP International.

Für die oben aufgeführten Wertpapiertransaktionen bedürfen Kredit- und Finanzinstitute der Genehmigung der Zentralbank der Russischen Föderation (RZB) alle anderen antragstellenden Personen (juristische und natürliche Personen) die der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation. Der Direktorenrat der RZB kann die Höchstzahl und den Umfang solcher Transaktionen festlegen. Der Erlass sieht Ausnahmen vor, d.h. Geschäfte, die nicht darunterfallen.

-----

**t-online:**

### **Für die russische Wirtschaft kommt das Schlimmste noch**

Vieles deutet darauf hin, dass Putin die russischen Wirtschaftsdaten gezielt schön, um die ökonomischen Folgen seiner Invasion zu vertuschen, schreibt t-online. Dabei habe Putin geholfen, dass die Energiepreise im vergangenen Jahr stark gestiegen seien und sein Land mehr Geld mit dem Verkauf von Öl und Erdgas einnahm. Dieses Jahr aber sehen die Prognosen für die russische Wirtschaft düsterer aus, so t-online.

„Vertrauen Sie nicht Russlands Zahlen“, schrieb Agathe Demarais, Direktorin für globale Prognosen bei der "Economist Intelligence Unit", in einem Artikel für das US-Magazin „Foreign Policy“. "Das liegt daran, dass Russland Statistiken zu einem zentralen Bestandteil seines Informationskrieges gemacht hat."

Aber nicht nur der Kreml veröffentlicht zweifelhafte Zahlen, sondern auch der IWF. Die Schätzung von minus 2,2 Prozent, mit dem der Internationale Währungsfonds die russische Rezession bewertet hat, war nicht nur eine große Überraschung. Die Schätzung liegt zudem deutlich über den Berechnungen vieler anderer Experten.

Hat der IWF sich vom Kreml blenden lassen? Zumindest haben die Finanzexperten eine Schätzung abgegeben, ohne über nötige Daten zu verfügen: Sie hatten keine Außenhandelszahlen, keine Daten über die Öl- und Gasproduktion. Sie kannten die Höhe von Direktinvestitionen aus dem Ausland in Russland nicht und auch nicht die Höhe von Kapitalzu- und -abflüssen. Putin weigert sich, diese Daten offenzulegen.

Die russische Führung nutzte die für sie gute IWF-Prognose, reagierte zunächst zwei Wochen nicht, sodass viele internationale Beobachter dachten, dass es sich um die richtige Zahl handeln müsse. Dann veröffentlichte der Kreml einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,1 Prozent – ohne dass ersichtlich wurde, wie die russischen Statistiker auf diese Zahl gekommen waren.

Für das gesamte Jahr 2023 geht der IWF sogar von einem leichten Wachstum der russischen Wirtschaft von 0,3 Prozent aus und ist damit optimistischer als der Kreml, der mit einer leichten Rezession von etwas über 1 Prozent rechnet.

Dabei wird schon im ersten Quartal 2023 deutlich, dass für die russische Wirtschaft die Kriegslast immer schwerer wird. Die aktuellen Zahlen sind verheerend für die russische Ökonomie, die zum Großteil auf den Export von Rohstoffen angewiesen ist.



Sie sind aber auch dramatisch für die Staatskasse. Russland hatte im Jahr 2022 durch gestiegene Erträge aus dem Öl- und Gashandel zusätzliche Einnahmen im Staatshaushalt von 10 Prozent. Die Staatsausgaben stiegen durch den Krieg jedoch um 20 Prozent. Während 2022 für den Kreml noch ein Überbrückungsjahr war, könnte die Lage der öffentlichen Finanzen in diesem Jahr kritisch werden, meinen Wirtschaftsexperten.

Noch bis Anfang vergangenen Jahres saßen Russlands Hauptkunden in Europa und in den USA. Das ist vorbei. Der Kreml muss seine Rohstoffe nun an China oder Indien verkaufen und die nutzen die russische Notlage aus. Bedeutet: Russland muss sie zu Billigpreisen verschleudern. Dadurch sinken auch die Weltmarktpreise, zum Nachteil Moskaus. Laut dem finnischen Forschungsinstitut „Centre for Research on Energy and Clean Air“ könnte der Kreml durch den Ölbann und die Preisobergrenze 160 Millionen Euro am Tag verlieren.

Es läuft nicht gut für Putin. Öl- und Gaspreise sind unter das Niveau vor dem Krieg gefallen, auch weil die EU Preisbremsen installiert hat, die Russland momentan sehr viel mehr Schmerzen bereiten als die restlichen Sanktionen. Der Westen hat es geschafft, die Explosion der Rohstoffpreise umzukehren. Ein Tiefschlag für den kriegslüsternen Kremldespoten.

Die Steuereinnahmen aus Öl und Gas sind im Februar 2023 gegenüber dem Vorjahr um 46 Prozent auf 521 Milliarden Rubel (6,91 Milliarden US-Dollar) gefallen. Die Einnahmen aus Rohöl und Erdölprodukten – die im vergangenen Monat mehr als zwei Drittel der Energiesteuereinnahmen ausmachten – gingen laut Berechnungen des US-Senders Bloomberg um 48 Prozent auf 361 Milliarden Rubel (4,8 Milliarden US-Dollar) zurück. Das setzt Russland jetzt unter Druck.

Ein weiteres Problem ist die Landeswährung Rubel. Zwar schien diese bislang stabil zu bleiben, eine Hyperinflation blieb aus. Aber auf internationalen Kapitalmärkten wird die russische Währung kaum noch gehandelt und – wenn überhaupt – kann sie nur gegen chinesische Yuan eingetauscht werden. Das verzerrt den Rubel-Kurs gegenüber dem Euro und dem Dollar.

Das bedeutet: Russlands Währung ist lediglich auf dem Papier stark, international kann man mit Rubel kaum Handel treiben – ein weiteres Indiz dafür, dass es der russischen Wirtschaft schlechter geht als Putin Glauben machen will und die Sanktionen ihre Ziele erfüllen:

Russlands Produktionsfähigkeit schwächen. Sie sollten die russische Rüstungsindustrie schädigen, sodass diese nicht mehr kriegsfähig ist. Die russischen Finanzbeziehungen zum Westen sollten gekappt werden.

Diese Ziele werden wahrscheinlich erreicht. Die US-Regierung geht davon aus, dass Russland bis 2030 bis zu 20 Prozent seines BIP verlieren könnte. Die Sanktionen verlangsamen Produktion und Handel und das Umgehen der Strafmaßnahmen ist zwar über Drittstaaten möglich und für den Westen ärgerlich, aber es kostet russischen Unternehmen viel Zeit und Energie. Die Lücken zwischen dem Westen und Russland wird ökonomisch dadurch immer größer. Schon jetzt ist die russische Wirtschaft durch

Subventionen aus Putins sogenanntem Wohlfonds aufgeblasen und ein maßgeblicher Teil in der Wertschöpfung des BIP kommt von der Rüstungsindustrie.

Allein China kann und will diese Lücke nicht füllen, die speziell die EU ökonomisch in Russland hinterlassen hat. Zwar hilft Peking Putin aus der Patsche, doch auch das hat seine Grenzen, allein schon durch fehlende Gas- und Ölpipelines. Im Angesicht dieser Probleme scheint eine Entwicklung wahrscheinlich: Die schlimmsten ökonomischen Folgen des Krieges kommen für Putin erst noch.

[Putin fälscht Russlands Wirtschaftsdaten: Sind Zahlen Moskaus Kriegswaffe? \(t-online.de\)](https://www.t-online.de)

-----

### **Russland sanktioniert weitere 23 Briten**

Als Reaktion auf die Verhängung von Sanktionen gegen Russland und die Unterstützung der Ukraine durch das Vereinigte Königreich hat das russische Außenministerium angekündigt, 23 Personen aus Großbritannien auf seine „Stopp-Liste“ zu setzen und ihnen die Einreise nach Russland zu untersagen. Zu den gelisteten Personen gehören angeblich:

Offiziere der britischen Streitkräfte; leitende Angestellte und Führungskräfte von Zinc Network, darunter CEO Robert Elliott, Executive Director Scott Brown und Executive Director of Research and Strategy Louis Brooke; und Richter und Strafvollzugsbeamte, darunter Mitglieder der Leitung von HMP Belmarsh.

[Press release on personal sanctions against representatives of the armed forces, propaganda entities, the judiciary and the penitentiary system of Great Britain - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation \(mid.ru\)](https://mid.ru)

### **Das OFAC renoviert seinen Internet-Auftritt**

Die Internet-Domain des Office of Foreign Asset-Control (OFAC) ist umgezogen. Gleichzeitig wurde die Webseite überarbeitet und mit neuen Funktionen angereichert, die das Auffinden von Sanktionsinhalten erleichtern sollen. Folgendermaßen fasst das OFAC das neue Angebot zusammen:

#### Neue übersichtliche Landing Page

Die OFAC-Website bietet eine Vielzahl von Inhalten, und es kann schwierig sein, herauszufinden, wo man anfangen soll. Die neue Landing Page der OFAC wurde auf der Grundlage von Analysen des Nutzerverkehrs auf unserer Website entwickelt. Die am häufigsten besuchten Inhalte werden nun auf der Landing Page an prominenter Stelle angezeigt. Ebenso werden die Sanktionsfragen, bei denen die Öffentlichkeit am häufigsten Hilfe benötigt, im Abschnitt "Ich brauche Hilfe bei..." am unteren Ende der Seite angezeigt.

#### Verbesserte Suche nach häufig gestellten Fragen (FAQs)

Das OFAC verfügt über Hunderte von FAQs, die detaillierte Anleitungen zu bestimmten Themen enthalten. Angesichts der schieren Menge an Hinweisen in diesem Bereich der Website kann es manchmal schwierig sein, den gesuchten Inhalt zu finden. Die neue FAQ-Suchfunktion hilft, dies zu vermeiden, indem sie es dem Benutzer ermöglicht, den gewünschten FAQ-Inhalt anhand von Schlüsselwörtern oder exakten Ausdrücken in der Frage oder im Text der FAQ zu finden. Wenn Sie mit unseren FAQs bereits vertraut sind, können Sie auch nach einer bestimmten FAQ-Nummer suchen.

#### Filter für Sanktionsprogramme

Das OFAC hat eine wachsende Liste von Sanktionsprogrammen, von denen einige sehr ähnlich klingende Namen haben. Wenn Sie neu in der Welt der Sanktionen sind oder die OFAC-Website schon länger nicht mehr besucht haben, kann die Navigation durch die verschiedenen Programme und Behörden eine Herausforderung sein. Aus diesem Grund hat das OFAC auf der Seite mit den Sanktionsprogrammen einen Filter eingebaut, der es den Nutzern erleichtert, die gewünschten Inhalte zu finden und zu durchsuchen.

#### Informationen über aktuelle Maßnahmen auf jeder Sanktionsseite

Die Sanktionsprogramme des OFAC ändern sich häufig, und es kann schwierig sein, mit diesen Änderungen Schritt zu halten. Das OFAC hilft Ihnen, die neuesten Programmänderungen im Auge zu behalten, indem sie eine dynamische Liste der jüngsten Maßnahmen in jede Programmseite einbettet. Auf jeder Programmseite werden nun die letzten drei Warnungen in einem Hinweisfeld auf der rechten Seite des Dokuments angezeigt.

Die neue „Mega-Menü“-Oberfläche bietet einfache, intuitive und reaktionsschnelle Funktionen

Unterschiedliche Nutzer wollen unterschiedliche Erfahrungen machen, wenn es um das Browsen auf einer Website geht. Das neue Mega-Menü des OFAC ermöglicht es den Benutzern, über Dropdown-Menüs zu den wichtigsten Bereichen der Website zu navigieren. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Methoden der Navigation auf der OFAC-Site bleibt das Mega-Menü auf allen OFAC-Seiten erhalten.

Kritische Inhalte wechseln nicht die Domänen

Während das OFAC an der Einführung von Innovationen auf seiner neuen Website arbeitet, verstehen wir, dass plötzliche Änderungen unserer Inhalte negative Auswirkungen auf die Einhaltung von Sanktionen und Listenscreening-Programmen haben können. Alle OFAC-Listendaten verbleiben an ihrem derzeitigen Standort unter dieser URL:

<https://www.treasury.gov/ofac/downloads/>

Das OFAC plant in den kommenden Monaten und Jahren weitere Verbesserungen an seiner Website vorzunehmen. Um dies zu erreichen, bittet das OFAC um Ihr Feedback zur neuen Website und ihren Funktionen. Wenn Sie Vorschläge haben, wenden Sie sich bitte an das OFAC und teilen Sie uns Ihre Meinung mit: [O\\_F\\_A\\_C@treasury.gov](mailto:O_F_A_C@treasury.gov)

[Welcome to OFAC's new website! | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----

### **Kampf gegen Sanktionsumgehung – neue Entwicklungen in den USA**

Die auf Rechtsberatung spezialisierte amerikanische Medien-Plattform berichtet in einem Beitrag über die wachsenden Anstrengungen in den USA, die Umgehung von Sanktionen über Drittorganisationen/Unternehmen zu bekämpfen. Dies ist auch mit neuen Anforderungen an Unternehmen verbunden.

Folgende Kernaussagen sind dem ausführlichen Beitrag vorangestellt:

- Die US-Regierung legt einen neuen Schwerpunkt auf die Ermittlung und Verfolgung von Personen, die Sanktionen und Ausfuhrkontrollvorschriften umgehen - ein Schritt, der einige Unternehmen dazu veranlassen könnte, ihre Compliance-Programme neu zu bewerten.
- Das Justizministerium stellt mehr Ressourcen für die Ermittlung und Verfolgung von Verstößen bereit und hat gemeinsam mit dem Finanz- und dem Handelsministerium einen Leitfaden herausgegeben, der dabei helfen soll, die Nutzung von Drittvermittlern und Umschlagplätzen zur Umgehung von Russland-Sanktionen und -Ausfuhrkontrollen zu erkennen.

- Finanzinstitute und Unternehmen, die im internationalen Handel tätig sind, sollten sicherstellen, dass ihre Compliance-Programme risikobasiert und dynamisch sind, um auf die neuartige und weitreichende Anwendung von Sanktionen und Ausfuhrkontrollen gegen Russland und neue Methoden der Umgehung zu reagieren.
- Wenn ein Unternehmen feststellt, dass es möglicherweise gegen Sanktionen oder Ausfuhrkontrollen verstoßen hat, sollte es überlegen, ob es eine Selbstanzeige erstattet, um von der Politik der Regierung zu profitieren, die Strafen für diejenigen zu mildern, die ihre eigenen Verstöße melden.

[New US Efforts To Prosecute Sanctions Evasion and Export Control Violations May Require Compliance Programs To Be Updated. - Conventus Law](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Ukraine

#### Ukrainische Behörde listet Raiffeisenbank

Die „Nationale Agentur für Korruptionsvorbeugung“ (NASK) der Ukraine hat die Raiffeisen Bank International wegen ihrer Russland-Aktivitäten in eine „Liste für internationale Terrorunterstützer“ aufgenommen. Dies berichtet die österreichische Nachrichtenagentur APA. Der symbolische Schritt der ukrainischen Behörde würde aber zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen auf RBI und insbesondere ihre ukrainischen Tochterbank haben.

NASK begründete in einer Erklärung diese Entscheidung mit den fortgesetzten Aktivitäten der Bank in Russland und einer offiziellen Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ von Donezk und Luhansk durch die russische Repräsentanz der Bank. Zudem habe die Bank zu „200 Prozent“ jene Sanktionen genützt, die ihre Konkurrenten zum Verlassen des russischen Markts bewegt hatte. Verwiesen wurde aber auch auf eine Einschätzung der ukrainischen Nationalbank, die keinen Fortschritt in Bezug auf eine etwaige RBI-Entscheidung beobachtet habe, den russischen Markt zu verlassen. Nach wie vor zeichnet sich keine Entscheidung der Bank zum Russland-Ausstieg ab. „Die RBI prüft alle strategischen Optionen für die Zukunft der Raiffeisenbank Russland, bis hin zu einem sorgfältig geführten Ausstieg aus der Bank. Aufgrund der Komplexität der Situation, einschließlich der von der Russischen Föderation verhängten restriktiven Maßnahmen, dauert dieser Prozess noch an“, hieß es in einem Statement an die APA. In der Ukraine stelle der Konzern seit Beginn des Krieges humanitäre Hilfen zur Verfügung. In den Regionen Donezk und Luhansk sowie der Halbinsel Krim sei man entgegen Behauptungen in den sozialen Medien nicht geschäftlich tätig. Die Bank halte sich „strikt an alle geltenden österreichischen und EU-rechtlichen Vorgaben, die die territoriale, politische und wirtschaftliche Integrität der Ukraine anerkennen.“

## Schweiz

### Schweizer Behörden sprechen von hundert Sanktionsverstößen

Das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat mitgeteilt, dass es 100 Fälle von möglichen Verstößen gegen Russland-Sanktionen festgestellt hat. Die Fälle wurden vom Bundesamt für Zoll und Grenzschutz (BAZL) gemeldet und betreffen zumeist Sanktionsgüter, darunter Luxusgüter oder Güter von wirtschaftlicher Bedeutung für Russland. Nach Angaben des SECO wurde in 23 dieser Fälle ein Verfahren eröffnet, zwei davon betreffen Belarus; in 13 Fällen wurden die Strafverfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt; 60 Fälle sind noch in der Untersuchung.

[Ukraine war: 100 cases identified for potential violations of sanctions - SWI swissinfo.ch](#)

-----

### Urteil gegen Gazprombank

Das Bezirksgericht Zürich soll vier ehemalige Führungskräfte der Gazprombank-Filiale in Zürich wegen mangelnder Sorgfalt im Zusammenhang mit der Eröffnung und Führung von Bankkonten für den russischen Cellisten Sergei Roldugin, der auch der Patenonkel von Präsident Putins Tochter ist, schuldig gesprochen haben, berichtet europeansanctions.com unter Berufung auf einen BBC-Beitrag.

Das Gericht erklärte, es bestehe kein Zweifel daran, dass Roldugin nicht der wahre Eigentümer der Millionen von Schweizer Franken sei, die zwischen 2014 und 2016 auf den Konten lagen. Außerdem hätten die Bankangestellten Fragen zur Herkunft der Gelder stellen müssen. Nach Schweizer Recht sind die Banken verpflichtet, Konten abzulehnen oder zu schließen, wenn Zweifel an der Identität des Kontoinhabers oder der Herkunft des Geldes bestehen. Die Bankangestellten wurden zu Geldstrafen von insgesamt 741.000 Schweizer Franken verurteilt und für 2 Jahre gesperrt.

[Bankers convicted of helping Putin's friend - BBC News](#)

-----

## Kanada

### Sanktionen auf Aluminium und Stahlerzeugnisse aus Russland

Kanada hat Einfuhrverbote für alle russischen Aluminiumerzeugnisse, einschließlich Rohaluminium, Aluminiumbleche und Fertigerzeugnisse, sowie für russische Primärstahlerzeugnisse wie Eisen und unlegierten Stahl sowie Halbfertig- und Fertigerzeugnisse wie Rohre und Röhren erlassen. Pressemitteilung und Vorschriften.

Diese Handelssanktionen folgen auf ein Paket von Russland-Sanktionen, das zusammen mit den anderen G7-Mitgliedern anlässlich des einjährigen Jubiläums des russischen

Vorgehens in der Ukraine am 24. Februar verabschiedet wurde. Die kanadischen Maßnahmen umfassen:

Die Benennung von 129 Personen und 63 Unternehmen. Zu den gelisteten Personen gehörten hochrangige Manager in Russlands führenden Verteidigungsunternehmen, hochrangige Beamte der russischen Regierung, die Russlands Aggression gegen die Ukraine unterstützten, ein russischer „Oligarch“ und die Familienmitglieder bereits sanktionierter Personen. Zu den aufgelisteten Einrichtungen gehören an der russischen Aggression beteiligte Entscheidungs- und Durchführungsinstitutionen sowie private und staatliche Unternehmen der russischen Verteidigungsindustrie.

Ausfuhrverbote für bestimmte chemische Elemente zur Verwendung in der Elektronik. Verbot der Einfuhr, des Kaufs oder des Erwerbs von russischen Waffen, Munition und anderen Waffen, unabhängig davon, wo sie sich befinden oder verarbeitet werden, aus Russland oder von einer Person in Russland.

[Canada bans Russian aluminum and steel imports - Canada.ca](https://www.canada.ca/en/department-of-foreign-affairs/news/2022/02/canada-bans-russian-aluminum-and-steel-imports.html)

[Supporting Ukraine for as long as it takes | Prime Minister of Canada \(pm.gc.ca\)](https://www.primeminister.gc.ca/supporting-ukraine-for-as-long-as-it-takes-20220201)

-----

## **Großbritannien**

Das Office of Financial Sanctions Implementation OFSI hat aktualisierte Leitlinien zur Durchsetzung und zu Geldstrafen bei Verstößen gegen Finanzsanktionen veröffentlicht, die nun auch einen Abschnitt über Eigentumsverhältnisse und Kontrolle enthalten. Die neue Anleitung zu Eigentum und Kontrolle besagt Folgendes:

Wenn das OFSI feststellt, dass ein Verstoß stattgefunden hat und eine falsche Einschätzung der Eigentumsverhältnisse und der Kontrolle eines Unternehmens für die Begehung des Verstoßes relevant ist, wird das OFSI das Ausmaß und die Qualität der durchgeführten Nachforschungen und der Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse und die Kontrolle dieses Unternehmens berücksichtigen.

Das OFSI schreibt nicht das Ausmaß oder die Art der Sorgfaltsprüfung vor, die durchgeführt werden muss, um die Einhaltung von Finanzsanktionen zu gewährleisten.

Das OFSI wird eine angemessene Due-Diligence-Prüfung der Eigentumsverhältnisse und der Kontrolle eines Unternehmens als mildernden Umstand betrachten, wenn die Feststellung der Eigentumsverhältnisse und der Kontrolle in gutem Glauben getroffen wurde und eine angemessene Schlussfolgerung aus dieser Due-Diligence-Prüfung war. Das OFSI kann auch das Versäumnis, eine angemessene Due-Diligence-Prüfung der Eigentumsverhältnisse und der Kontrolle eines Unternehmens durchzuführen, oder die Durchführung einer solchen Due-Diligence-Prüfung in böser Absicht als erschwerenden Faktor betrachten.

Das OFSI wird prüfen, ob das Ausmaß der durchgeführten Due Diligence dem Grad des Sanktionsrisikos und der Art der Transaktion angemessen war, wobei die Art der vertraglichen oder geschäftlichen Beziehung einer Person zu dem Unternehmen



berücksichtigt wird. Das OFSI erwartet Belege für einen Entscheidungsfindungsprozess, der das Sanktionsrisiko berücksichtigt und überlegt, welches Maß an Sorgfaltspflicht angesichts dieses Risikos angemessen wäre.

In den Leitlinien wird auch Folgendes dargelegt:

Sorgfaltspflichten, die das OFSI als potenziell risikomindernd erachten kann. Bereiche, in denen das OFSI erwarten kann, dass Nachforschungen angestellt werden, um festzustellen, ob ein Unternehmen im Eigentum oder unter der Kontrolle einer benannten Person steht, unabhängig davon, ob dieses Eigentum und diese Kontrolle formell oder indirekt / de facto sind.

[March 2023 Monetary Penalty and Enforcement Guidance.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

-----

### **De-Listing eines Russen**

Das Vereinigte Königreich hat die folgenden Änderungen an seiner Russland-Sanktionsliste vorgenommen:

Sergej Borissowitsch Koroljow wurde von der Liste gestrichen; und die Begründung für den Eintrag von Alexey Viktorovich Kuzmichev wurde aktualisiert.

[Notice Russia 220323.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

-----

### **Japan**

#### **Verbot von Metallexporten**

Japan hat laut einem Bericht von Korrespondent.net seit dem 7. April die Ausfuhr von Stahl, Aluminium und Aluminiumprodukten nach Russland verboten. Dies gab das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie am 31. März bekannt.

Die Beschränkungen gelten auch für Flugzeuge, Raumfahrzeuge und deren Teile, Drohnen, Baumaschinen (Bagger, Bulldozer), elektrische Geräte (Generatoren, Navigationsgeräte), Heizkessel, optische Geräte (Fotogeräte, Ferngläser), Glasfaserkabel, Spielzeug usw.

[Япония запретила экспорт стали, алюминия и самолетов в РФ - Korrespondent.net](#)

-----

## **Kosovo**

### **Kosovo sanktioniert Wagner-Gruppe und übernimmt EU-Dual-use-Verbotsliste**

Der Premierminister des Kosovo, Albin Kurti, hat die Verhängung von Sanktionen gegen die russische Wagner-Gruppe genehmigt. Das Kosovo hat zudem seine Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck gemäß der Liste der EU-Kommission aktualisiert. Mit der Verordnung wurde die EU-Ausfuhrkontrollliste für Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Einklang mit den von den internationalen Nichtverbreitungsregimen und Ausfuhrkontrollvereinbarungen bis Dezember 2021 angenommenen Kontrolllisten geändert.

[136th meeting of the Government - Zyra e Kryeministrit \(rks-gov.net\)](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### Von der Leyen zieht rote Linien im Handel mit China

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hielt am 30. März eine Rede vor dem Mercator Institute for China Studies und dem European Policy Center in Brüssel über die Beziehungen zwischen der EU und China. Sie sagte darin unter anderem, die EU solle ihr bestehendes handelspolitisches Instrumentarium, einschließlich der Exportkontrollen, stärker nutzen und „eine klare Linie“ in der Frage festlegen, ob Exporte in ihrem Sicherheitsinteresse liegen, wenn ein doppelter Verwendungszweck nicht ausgeschlossen werden kann oder wenn die Menschenrechte betroffen sein könnten. Insgesamt geht es der EU-Kommission nicht um Entkopplung aber um Risikominderung.

Von der Leyen kritisierte die Haltung Chinas zu Russland und betonte, China habe seine Politik des wirtschaftlichen und handelspolitischen Zwangs verstärkt, unter anderem durch Vergeltungsmaßnahmen gegen und die Verhängung von Sanktionen gegen Mitglieder des Europaparlaments, Beamte und akademische Einrichtungen wegen ihrer Haltung zu China. Auszug aus der Rede:

*„So wie China militärisch aufgerüstet hat, hat es auch seine Politik der Desinformation und des wirtschaftlichen und handelspolitischen Drucks forciert. Diese Politik ist bewusst auf andere Länder ausgerichtet, die damit konformgehen sollen. Das wurde deutlich, als China auf die Eröffnung eines Taiwan-Büros in Vilnius mit Handelsbeschränkungen gegen Litauen und andere europäische Unternehmen reagierte. Oder bei Boykotten gegen Bekleidungsmarken, die sich zu Menschenrechtsfragen äußern, oder bei Sanktionen gegen Europa-Abgeordnete, Beamte und akademische Einrichtungen, die China kritisieren. Wir sehen, dass Mitgliedstaaten zunehmend mit einer Einflussnahme Chinas auf ihre Gesellschaft konfrontiert sind, die nicht hinnehmbar ist.“*

...

*„Diese Eskalationen lassen ein China erahnen, das daheim repressiver und im Ausland selbstbewusster wird. Wir können drei Schlussfolgerungen aus dem Wandel Chinas ziehen, was wiederum unsere politische Positionierung bestimmt. Die erste ist, dass China nun die Zeit der „Reform und Öffnung“ hinter sich gelassen hat und in eine neue Ära der Sicherheit und der Kontrolle eingetreten ist. ... Wir können also davon ausgehen, dass Sicherheit stärker in den Mittelpunkt rückt – ob militärisch, technologisch oder wirtschaftlich. So sind beispielsweise alle Unternehmen in China bereits gesetzlich dazu verpflichtet, nachrichtendienstliche Operationen des Staates zu unterstützen und geheim zu halten. Aufgrund der stärkeren wirtschaftspolitischen Steuerung durch die Kommunistische Partei Chinas können wir auch noch strengere wirtschaftspolitische Kontrollmaßnahmen erwarten. Und es ist abzusehen, dass es in die Richtung geht, dass China weniger vom Rest der Welt, der Rest der Welt aber stärker von China abhängt. ... Das gilt insbesondere für kritische Rohstoffe wie Lithium oder Kobalt. Für Hochgeschwindigkeitszüge und Technologien für erneuerbare Energien. Oder für neu entstehende Technologien, die für die künftige wirtschaftliche und nationale Sicherheit*

*von zentraler Bedeutung sind – wie Quanteninformatik, Robotik oder künstliche Intelligenz. Die zweite Schlussfolgerung, die wir ziehen können, ist, dass das Gebot der Sicherheit und der Kontrolle jetzt die Logik freier Märkte und offenen Handels untergräbt. ... Und das führt mich zur dritten Schlussfolgerung. Sie lautet, dass das klare Ziel der Kommunistischen Partei ein systemischer Wandel der internationalen Ordnung ist, in deren Mittelpunkt China steht. Das wird deutlich bei Chinas Position in multilateralen Gremien, die von einer alternativen Vorstellung der Weltordnung zeugt. Einer Weltordnung, bei der die Rechte des Einzelnen der nationalen Sicherheit untergeordnet sind. Wo Sicherheit und Wirtschaft Vorrang vor politischen und bürgerlichen Rechten haben. Das verdeutlichen die Initiative „Neue Seidenstraße“, neue internationale Banken oder andere Institutionen unter chinesischer Führung, die eingerichtet wurden, um dem derzeitigen internationalen System Konkurrenz zu machen. ...*

*Unsere Beziehungen sind nicht entweder schwarz oder weiß – und auch unsere Antwort kann es nicht sein. Deshalb müssen wir uns auf die Risikominderung anstatt Entkopplung konzentrieren.*

...

*Aber unsere Geschichte darüber, wie wir mit China umgehen, ist noch nicht zu Ende geschrieben – und es muss kein defensiver Umgang sein. Wir müssen gemeinsam zeigen, dass unser demokratisches System, unsere Werte und unsere offene Wirtschaft Wohlstand und Sicherheit für die Menschen schaffen können. Gleichzeitig müssen wir stets bereit sein, mit denjenigen zu sprechen und zusammenzuarbeiten, die die eine andere Weltsicht haben.“*

Hier finden Sie die vollständige Rede:

[Rede der Präsidentin zu den Beziehungen zwischen der EU und China \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-room/en/infobox-item-attachment-item/infobox-item-attachment-item-1)

-----

### **„Sanktionspakt“ zwischen Telekom und Huawei?**

Die Beziehungen zwischen der Deutschen Telekom und dem chinesischen Konzern Huawei sind möglicherweise enger als bekannt, schreibt das Handelsblatt in seiner Ausgabe von 22. März. Beide Unternehmen hätten demnach im Jahr 2019 einen Pakt geschlossen, der US-Sanktionen umgangen haben könnte. Dem Handelsblatt liegt dazu der unterschriebene Vertrag vor. Das Ziel der Vereinbarung sei es gewesen, „ein potenzielles Versorgungsrisiko in Bezug auf Huawei-Produkte zu verhindern, die Komponenten aus den USA enthalten“, heißt es in dem Vertrag. Wichtige Ersatzteile sollten „in europäischen Lagerhäusern von Huawei gelagert und verwaltet“, einzelne Huawei-Geräte sogar schon vorsorglich an die Telekom geliefert werden.

Der Vertrag zwischen der Telekom und Huawei datiert auf den 11. April 2019. Nach zwei Jahren sollte er automatisch verlängert werden. Neben dem deutschen Markt profitierten offenbar auch die Telekom-Töchter in Polen, Österreich oder Ungarn von der Absicherung. Wie das Handelsblatt aus Branchenkreisen erfuhr, könnten ähnliche Vereinbarungen noch immer gelten.

Die Telekom äußerte sich auf Handelsblatt-Anfrage: „Grundsätzlich sind wir immer bemüht, mit allen großen Herstellern Verträge zur Absicherung der Lieferfähigkeit zu schließen.“ Man habe eine „Sorgfaltspflicht, um den sicheren und reibungslosen Betrieb zu gewährleisten“.

-----

### **Drei Staatsbürger Bosnien und Herzegowinas auf Sanktionsliste**

Das Finanzministerium der Vereinigten Staaten hat am 15. März drei Staatsbürger Bosnien und Herzegowinas auf die Sanktionsliste gesetzt. Es handelt sich um den ehemaligen Direktor des staatlichen Nachrichtendienstes, Osman Mehmedagic, sowie Dragan Stankovic und Edin Gacanin. Die Betroffenen werden des Machtmissbrauchs und Beteiligung an korrupten Netzwerken beschuldigt. Die Pressemitteilung des Finanzministeriums der USA finden Sie [hier](#).

## 8. Termine

---

### **13. April: OA-Briefing on Recovery Ukraine, 15:00 Uhr, online**

Im Rahmen des nächsten Briefings informiert der Ost-Ausschuss wieder über Ergebnisse aktueller Treffen und laufende Aktivitäten zum Wiederaufbau in der Ukraine. Außerdem werden diesmal Experten der International Finance Corporation erwartet, die über die möglichen Finanzierungsinstrumente für den ukrainischen Privatsektor berichten. Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich gerne bei Stefan Kägebein, S. Kaegebein@oa-ev.de.

### **21. April: 12. Ausgabe von Business for Business - Verlagerung der Lieferketten, neue Lieferanten, Compliance mit dem Schwerpunkt Zentralasien/Kaukasus, 10:00 Uhr | online**

Wir möchten Sie zu einer weiteren Ausgabe der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business - Lieferketten, Lieferanten, Compliance“ – Zentralasien, Kaukasus“ einladen.

Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine lässt sich eine Verlagerung der Geschäftsaktivitäten in die unmittelbaren Nachbarländer Russlands beobachten. Dadurch ergeben sich neue geschäftliche Möglichkeiten für deutsche Firmen, gleichzeitig entstehen neue Risiken. Um sich in diesem Umfeld erfolgreich, sanktionskonform und rechtssicher bewegen zu können, sind valide Informationen eine der Grundvoraussetzungen. Unsere Experten geben Ihnen praktische Hinweise und diskutieren mit Ihnen die besten Lösungen.

Die Veranstaltung findet statt am Freitag, 21. April 2023, 10:00 Uhr (MESZ) via MS Teams. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Bei Interesse zur Teilnahme oder bei Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann, j.boehlmann@oa-ev.de

Anmeldeschluss ist Mittwoch, den 19. April 2023, 13:00 Uhr.

### **24. April: Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 - 11:00 Uhr, hybrid**

Am 24. April 2023 findet in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses in der Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin und online die nächste Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien unter der Leitung von Prof. Manfred Grundke für unsere Mitglieder statt.

Einen Schwerpunkt der Sitzung wollen wir auf die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf die Region Zentralasien legen. Wie gewohnt werden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen auch die Gelegenheit haben, sich mit Vertretern der

Bundesregierung und den Unternehmenskollegen und -kolleginnen zur aktuellen Lage auszutauschen. Dabei wollen wir einen Rückblick 2022 vornehmen und konkrete Pläne und Projekte für 2023 besprechen. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an: Eduard Kinsbruner, [E.Kinsbruner@oa-ev.de](mailto:E.Kinsbruner@oa-ev.de)

### **27. April: Konferenz „Ukraine - Preparing for the Future - Rechtliche und wirtschaftliche Ausblicke für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine“, Mainz**

Die Welt ist im Umbruch – geopolitisch, aber auch wirtschaftlich. Die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine haben nicht nur schwere humanitäre Folgen, sondern auch tiefgreifende Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gemeinsam wollen wir einen Blick auf die wirtschaftliche Situation wagen und diskutieren, was es braucht, um einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine zu gewährleisten. Die IHK für Rheinessen lädt dazu gemeinsam mit den IHKs Pfalz und Frankfurt, der Deutsch-Ukrainischen Auslandshandelskammer, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft und der Deutsch-Ukrainischen Juristenvereinigung zur Veranstaltung „Ukraine - Preparing for the Future - Rechtliche und wirtschaftliche Ausblicke für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine“ am 27. April 2023 von 14:00- 19:00 Uhr, IHK für Rheinessen, Schillerplatz 7, 55116 Mainz ein. Die Veranstaltung soll Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit geben, Wissen und Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu vernetzen.

Im Fokus stehen unter anderem Einschätzungen zur wirtschaftlichen Situation, operative Hinweise zu rechtlichen und steuerrechtlichen Aspekten.

Das Programm und die Anmeldung finden Sie unter folgendem Link:  
<https://ihk-event.de/ukraine-2023-04>



## 9. Tipps & Links

---

**Faktencheck:** Ein Webinar des deutschen **Osteuropa-Historikers Klaus Gestwa** ist viral gegangen, in dem acht Thesen zum russischen Krieg gegen die Ukraine aufgegriffen und mit Fakten geklärt werden. Hier der Link:

[Thesencheck: Diese 8 Behauptungen über den Krieg in der Ukraine sind falsch - YouTube](#)

-----

In der aktuellen Ausgabe des **Global Sanctions Dashboard** beschäftigt sich das Atlantic Council mit der Frage, wie man die blockierten Guthaben russischer Oligarchen und der Zentralbank für den Wiederaufbau in der Ukraine nutzbar machen könnte. Die Kriegsschäden schätzt das AC auf bislang 650 Milliarden Dollar:

[Global Sanctions Dashboard: What to do with sanctioned Russian assets - Atlantic Council](#)

-----

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

-----

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)



Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine  
[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss